

Geschäftsbericht 2017

TRÄUME
BRAUCHEN
RÄUME

Die Investitionsbank Berlin

Seit dem Jahr 1924 widmet sich die Investitionsbank Berlin einschließlich ihrer Rechtsvorgänger der Wohnungsbauförderung in Berlin. Im Jahr 1993 wurde das Aufgabenspektrum auf die Wirtschaftsförderung erweitert und die zuvor selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) in die Landesbank Berlin eingliedert. Seit 2004 agiert die Investitionsbank Berlin wieder als eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts und befindet sich zu 100 % im Eigentum des Landes Berlin.

Der hier vorliegende Geschäftsbericht dient der schnellen Orientierung unserer Eigentümer, Geschäftspartner und Kunden über die wichtigsten Entwicklungen im Geschäftsjahr 2017. Er enthält den Lagebericht und den Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin für das Geschäftsjahr 2017 deshalb nur in Auszügen. Den gesamten Jahresabschluss finden Sie im Internet unter <http://www.ibb.de/gb> und im elektronischen Bundesanzeiger. Der in diesem Geschäftsbericht in Auszügen wiedergegebene Jahresabschluss wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31.12.2017 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) gefertigt, der auf den Internetseiten der IBB wiedergegeben wird.

Inhalt

An unsere Kunden und Geschäftspartner	04
Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats	06
Bericht des Verwaltungsrats	08
Wirtschaftsförderung	10
Beteiligungen	16
Immobilien- und Stadtentwicklung	18
Refinanzierung	23
Personalbericht	24
Lagebericht (in Auszügen)	26
Grundlagen der Bank	26
Wirtschaftsbericht	28
Nachtragsbericht	36
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	37
Jahresabschluss	42
Anhang für das Geschäftsjahr 2017 (in Auszügen)	46
Corporate-Governance-Bericht	52
Organigramm	56
Impressum	58

An unsere Kunden und Geschäftspartner

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Jahr 2017 konnte Berlin seinen wirtschaftlichen Aufholprozess fortsetzen und im Bundesvergleich weiter Boden gutmachen: Mit einer Wachstumsrate von 2,5 % lag das Berliner Wirtschaftswachstum erneut über dem Bundesdurchschnitt (2,2 %) und die Erwerbstätigkeit wuchs schneller (2,9 % gegenüber 1,5 %). Diese erreichte einen Rekordstand und näherte sich mit 1,95 Mio. Erwerbstätigen der 2-Millionen-Schwelle, womit sie um rund 400.000 über dem Tiefstwert des Jahres 2003 liegt. Eine nach wie vor überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit (9,0 % gegenüber 5,7 %) und unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung je Einwohner zeigen allerdings auch, dass noch einiges zu tun bleibt.

Die Stimmung in der Berliner Wirtschaft ist weiterhin sehr gut. Bereits im Frühjahr 2017 zeigte der KMU-Report von IBB und Creditreform ein Allzeithoch bei der Bewertung von Geschäftslage und -erwartungen und der Konjunkturbericht von IHK und Handwerkskammer belegt, dass die gute Stimmung unter den Berliner Unternehmen auch im Herbst andauert und die Unternehmen mit positiven Erwartungen in das Jahr 2018 gestartet sind.

Dazu gibt es guten Grund: die Berliner Konjunktur steht mittlerweile auf einer deutlich breiteren Basis. Neben den Konsumausgaben neh-

men nun auch die in den letzten Jahren zurückhaltenden Unternehmensinvestitionen Fahrt auf, die auch durch die Investitionsoffensive des Landes angeregt werden dürften, von der in den kommenden Monaten eine zusätzliche konjunkturelle Dynamik zu erwarten ist. Die Grundlage dafür bildet die erfreuliche Haushaltsentwicklung des Landes, die erheblich von dem starken Wirtschaftswachstum und der wachsenden Bevölkerung profitiert. So verzeichnete Berlin in 2017 einen Rekordüberschuss von 2,1 Mrd. Euro, von dem jeweils rund die Hälfte zur Schuldentilgung und für investive Maßnahmen eingesetzt werden sollen. Der Schul- und Kitausbau, die Digitalisierung und der Erwerb von Grundstücken für den geförderten Wohnungsbau stehen hierbei vorne an.

Vor allem das Baugewerbe profitiert von den Investitionen in die wachsende Stadt und arbeitet in vielen Bereichen seit längerem an der Kapazitätsgrenze. Baugenehmigungen auf dem Niveau des Vorjahres signalisieren, dass sich die Bautätigkeit auch in 2018 auf hohem Niveau fortsetzen wird. In den Jahren 2017 und 2018 dürften rund 16.000 bzw. 18.000 Wohnungen fertiggestellt werden. Einen Anteil daran hat auch der Neubaufonds des Landes, bei dem die Anzahl der geförderten Wohnungen von 2.300 auf 3.132 anstieg. Insgesamt war der Fonds – dessen Konditionen zum Jahresanfang 2018 weiter verbessert wurden – an der Finanzierung von 41 Neubauprojekten mit insgesamt 6.600 Wohnungen beteiligt.





Insgesamt haben wir in unserem Geschäftsbereich Immobilien- und Stadtentwicklung in 2017 Finanzierungszusagen über 946,7 Mio. Euro ausgesprochen (+ 5 %), die zusammen mit Zusagen in Höhe von 294,2 Mio. Euro in der Wirtschaftsförderung (+ 10 %) ein Geschäftsvolumen in Höhe von 1.240,9 Mio. Euro ergeben, das um rund 50 Mio. Euro bzw. 4 % über dem Vorjahreswert liegt. Damit war die IBB an der Finanzierung von rund 12 % der privatwirtschaftlichen Investitionsprojekte in Berlin beteiligt und hat zur Schaffung bzw. zum Erhalt von gut 10.000 Arbeitsplätzen beigetragen.

Das Geschäftsjahr 2017 verlief unter dem Strich besser als erwartet. Erneut war es uns möglich, Förderleistungen im Gegenwert von 26,6 Mio. Euro für Maßnahmen der Wirtschafts- und Immobilienförderung in Berlin zu erbringen. Der danach verbleibende Jahresüberschuss lag mit 10,6 Mio. Euro zwar knapp unter dem Vergleichswert des Vorjahres (11,3 Mio. Euro) aber höher als wir es angesichts des schwierigen Niedrigzinsumfeldes erwartet hatten.

Durch die starke Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ist die Stadt großen Veränderungen ausgesetzt. Ganze Stadtquartiere werden umgekrempelt. Die Konkurrenz um die knappen Flächen nimmt zu. Die Preise steigen. Gewohnheit weicht dynamischem Wandel. Dass dies nicht von allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern begrüßt wird, sondern auch Sorgen – etwa die um die bezahlbare Wohnung – und Wut auslöst, ist nur zu verständlich. Bei aller Freude über die gute Wirtschaftsentwicklung sollten wir das nicht vergessen. Deshalb haben wir diesem Thema in diesem Geschäftsbericht einen Platz eingeräumt.

In diesem Jahr haben wir Sie – unsere Kunden sowie unsere Geschäfts- und Kooperationspartner – im Rahmen einer breit angelegten Befragung um Ihre Meinung zur IBB und zu unserem Förderangebot gebeten und mehr als 250 Rücksendungen erhalten. Dafür danken wir Ihnen sehr und wollen Sie hier kurz über die wesentlichen Ergebnisse informieren: Es freut uns, dass rund 80 % der Befragten uns weiterempfehlen würden, also offenbar mit unseren Leistungen zufrieden sind, und dass mehr als 80 % aller Kunden unsere Produkte als zielgruppengerecht sowie günstig und attraktiv bewerten. Es freut uns auch, dass mit der IBB in hohem Maße die Eigenschaften wie Verlässlichkeit, Beratungskompetenz, Menschlichkeit und Kundenorientierung verbunden werden. Nach wie vor haben aber 17 % unserer Kunden die Bearbeitungszeiten und 15 % die Antragsverfahren als verbesserungswürdig empfunden, was gegenüber der letzten Befragung zwar eine deutliche Verbesserung darstellt, für uns aber auch einen Auftrag bedeutet, hier nicht lockerzulassen. Ein Projekt zur weiteren Digitalisierung unserer Verfahren werden wir deshalb in 2018 fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir freuen uns sehr darauf, die Zusammenarbeit mit Ihnen im Jahr 2018 fortzusetzen!

Dr. Jürgen Allerkamp
Vorstandsvorsitzender

Sonja Kardorf
Mitglied des Vorstands

Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IBB,*

Berlin boomt. Seit einigen Jahren liegen die Wachstumsraten der Berliner Wirtschaft über dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt jedes Jahr um rund 45.000. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitslosen nahezu halbiert. Ein großer Erfolg, der vor allem den Berliner Unternehmerinnen und Unternehmern zu verdanken ist.

Berlin ist eine wachsende Stadt, die Bevölkerungszahl ist seit 2011 um rund 300.000 Menschen gestiegen. Viele Menschen kommen nach Berlin, weil hier ein neuer Arbeitsplatz auf sie wartet. Gleichzeitig wird der Wohnraum knapp. Die Berlinerinnen und Berliner benötigen passende und bezahlbare Wohnungen. Auch muss der Ausbau der städtischen Infrastruktur mit diesem Wachstum standhalten und die soziale Balance gewahrt bleiben.

Berlin benötigt erhebliche Investitionen, zum Beispiel in Wohnungen, Unternehmen, Schulen, Klima- und Umweltschutz oder in die Verkehrsinfrastruktur. Der neue Doppelhaushalt des Senats für die Jahre 2018/2019 hat die entsprechenden Grundlagen dafür gelegt. Auch die IBB ist hier gefragt. Folgende Zahlen verdeutlichen dies: Die IBB war im Jahr 2017 gemeinsam mit ihren privaten und

institutionellen Partnern an der Finanzierung von Projekten in einer Größenordnung von insgesamt rund 5,5 Mrd. Euro beteiligt. Nach Berechnungen der IBB-Volkswirte wurden davon rund 3 Mrd. Euro in neue Maschinen und Betriebsausstattungen sowie zum Neu- und Ausbau bzw. zur Sanierung von Wohnungen oder Gewerbeimmobilien in Berlin investiert. Damit entfallen im Jahr 2017 gut 12 % der in Berlin getätigten privatwirtschaftlichen Investitionen auf Projekte, die unter Beteiligung der IBB begleitet und finanziert wurden. Mit diesen Investitionen sind die Schaffung und der Erhalt von rund 10.000 Arbeitsplätzen in den geförderten Unternehmen verbunden, darunter knapp 3.000 neu geschaffene Arbeitsplätze.

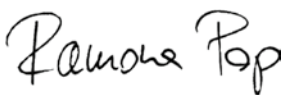
Natürlich können die öffentliche Hand und die IBB diesen Wachstumsprozess nur begleiten, getragen wird er von den investitionsbereiten Unternehmen in Berlin.

Der Unterstützungsbedarf Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer unterscheidet sich je nach Unternehmensgröße, -alter, Branche oder Innovationsgrad. Deshalb berücksichtigt die IBB bei ihren Finanzierungsangeboten sich verändernde Bedarfslagen der Unternehmen in ihrem Angebot. Dies verdeutlichen die diesjährigen Programmanpassungen: Die Bedingungen des Mikrokredits wurden für Geflüchtete geöffnet, im Innovationsförderprogramm „Pro FIT“ wurde die Antragstellung vereinfacht und seit Anfang des Jahres betreut die IBB auch unsere Förderprogramme zur wirtschaftsnahen

Elektromobilität. Für die Berliner Wirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt bleibt deshalb die IBB die erste Anlaufstelle bei allen Fragen zur Finanzierungsförderung.

Und es freut mich umso mehr, dass die aktuellen Konjunkturprognosen aufzeigen, dass auch die Berliner Unternehmen mit ihrer gegenwärtigen Geschäftslage sehr zufrieden sind und zudem ausgesprochen positiv gestimmt in die Zukunft blicken.

Ich danke allen, die sich hier engagiert für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin einbringen: den Unternehmensgründern, die ihre Zukunft in Berlin suchen, den Unternehmern, der Verwaltung im Land und in den Bezirken und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IBB, für ihren unermüdlichen Einsatz für die Zukunft unserer Stadt!



Ramona Pop

Senatorin für Wirtschaft, Energie
und Betriebe des Landes Berlin



Bericht des Verwaltungsrats

Die IBB ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Berlin.

Der Verwaltungsrat hat die ihm per Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Die Arbeit des Verwaltungsrats wurde durch den Risiko- und Prüfungs-, den Nominierungs- und den Vergütungskontrollausschuss unterstützt. Die Ausschüsse haben die im Verwaltungsrat zu behandelnden Themen und Beschlüsse vorbereitet sowie die nach Geschäftsordnung zugewiesenen Beschlusskompetenzen ausgeübt. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse traten im Berichtsjahr zu vier (ordentlichen) Sitzungen zusammen. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat in seiner außerordentlichen Sitzung am 15.02.2017 aufgrund der Bestellungen neuer Verwaltungsratsmitglieder durch den Senat von Berlin und den Personalrat der IBB die Vorsitz- und stellvertretende Vorsitzfunktion sowie die Zusammensetzung in den Ausschüssen festgelegt. Im Zusammenhang mit der Neubestellung am 14.02.2017 der Verwaltungsratsmitglieder Frau Senatorin Ramona Pop (Vorsitzende), Frau Senatorin Katrin Lompscher (stellvertretende Vorsitzende) und Herrn Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen durch den Senat von Berlin haben Frau Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof sowie Herr Senator Andreas Geisel ihre Mandate niedergelegt. Frau Dr. Iris Reinelt, Mitglied des Vorstands der L-Bank, wurde am 15.08.2017 vom Senat von Berlin in den Verwaltungsrat bestellt und am 08.12.2017 als Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses bestimmt.

Der Personalrat der IBB hat als neues Mitglied Tom Schuster mit Wirkung zum 01.01.2017 bestellt.

Der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Allerkamp, wurde mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 28.06.2017 vorzeitig für den Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2020 wiederholt zum Mitglied des Vorstands der IBB bestellt und zum Vorsitzenden des Vorstands bestimmt. Das Vorstandsmitglied, Sonja Kardorf, hat ihr Mandat zum 31.08.2018 niedergelegt.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste Berichte zu der Geschäfts- und Ergebnisentwicklung, der strategischen Ausrichtung der Bank, der Risikosituation, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die IBB sowie den Implikationen der Entwicklungen an den Kapitalmärkten auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Risikosituation der Bank. Der Vorstand hat über die Geschäfts-, Risiko-, IT- und Vergütungsstrategie auch im Rahmen einer Strategieklausur berichtet und diese mit dem Verwaltungsrat erörtert. Zudem wurden die Berichte zur Tätigkeit der Revision, der Compliance sowie der Bericht zur Überprüfung der Vergütungssysteme vorgelegt.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse waren die intensive Erörterung der Ertragslage

der Bank im Niedrigzinsumfeld und deren Auswirkungen auf die Mittelfristplanung sowie die Eigenkapitalausstattung der Bank vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen. Der Verwaltungsrat hat sich im Besonderen mit den Neuerungen der bankaufsichtlichen Regulierung und deren Umsetzung in der Bank befasst. Dazu zählen neben der 5. Novelle der MaRisk und der Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT auch die Umsetzung der Institutsvergütungsverordnung sowie die Auswirkungen aus der Abschlussprüferreform (im Wesentlichen resultierend aus der EU-Verordnung Nr. 537/2014) und der Prüfungspflicht der nichtfinanziellen Berichterstattung gemäß den Vorgaben aus dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Verwaltungsrat jeweils regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Beratungen.

Im Berichtszeitraum hat ein Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses zu einem Sachverhalt einen Interessenkonflikt offengelegt. Das Mitglied hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2017 vor. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat nahm nach vorheriger Befassung im Risiko- und Prüfungsausschuss das Ergebnis der Abschlussprüfung in seiner Sitzung am 21. März 2018 zur Kenntnis. Einwände gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der IBB wurden nicht erhoben. Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2017 fest und billigte den Konzernabschluss.

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 28,8 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 10,6 Mio. Euro aus. Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt gemäß § 13 Abs. 2 Ziffer 1 des IBB-Gesetzes i. V. m. § 16 Abs. 2 Ziffer 1 der Satzung der IBB der Senat von Berlin. Der Verwaltungsrat schlägt dem Gesellschafter vor, den Jahresüberschuss für den Betrag in Höhe von 8,0 Mio. Euro vollständig zu thesaurieren und der Zweckrücklage der IBB zuzuführen. Der Restbetrag in Höhe von 2,7 Mio. Euro soll an das Land Berlin ausgeschüttet werden.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IBB für ihre erfolgreiche Arbeit und den persönlichen Einsatz im Geschäftsjahr 2017.

Berlin, 21. März 2018

Wirtschaftsförderung

Entwicklung der Wirtschaftsförderung

Situation

Die Berliner Wirtschaft setzt ihren Wachstumskurs fort und die Berliner Unternehmen sind mit ihrer Geschäftslage überwiegend sehr zufrieden. Vor allem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die mehr als andere auf Fördermittel zurückgreifen, zeigten im KMU-Report 2017 die größte Verbesserung ihrer Lagebeurteilung. Auf der Grundlage einer in den letzten Jahren gestärkten Eigenkapitalausstattung und bei der fortgesetzten Niedrigzinspolitik in Europa fanden die Unternehmen im Berichtsjahr auch nach wie vor sehr günstige Finanzierungsbedingungen am Markt vor. Das dämpfte die Nachfrage nach unseren Kreditangeboten, während unsere Zuschussprogramme für die Finanzierung von Investitionen auf ein deutlich gestiegenes Interesse trafen.



ZEIT ZU
WACHSEN!



Finanzierungsvolumen im Fördergeschäft wächst um gut 10 %

Mit Finanzierungszusagen in Höhe von 294,2 Mio. Euro liegt das Förderergebnis 2017 um gut 10 % über dem Vorjahreswert. Nachdem das Finanzierungsvolumen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen war, ist dies der erste Anstieg seit 2013. Auch die Anzahl der Finanzierungszusagen wuchs von 962 auf 1.031 um gut 7 %. Während die Nachfrage im Jahresverlauf in vielen Programmen eher verhalten war, ermöglichte vor allem ein starker Endspurt dieses gute Ergebnis. Sonderfinanzierungen, die in manchen Jahren einen großen Einfluss auf das Gesamtfinanzierungsergebnis haben, hat es im Berichtsjahr nicht gegeben.

Während die Finanzierungszusagen für Gründungsvorhaben moderat von 41,3 Mio. Euro auf 40,3 Mio. Euro zurückgingen und die Gründerquote so von 15,5 % auf 13,7 % fiel, stiegen die Finanzierungszusagen für die Bestandsunternehmen um fast 13 % auf 253,9 Mio. Euro.

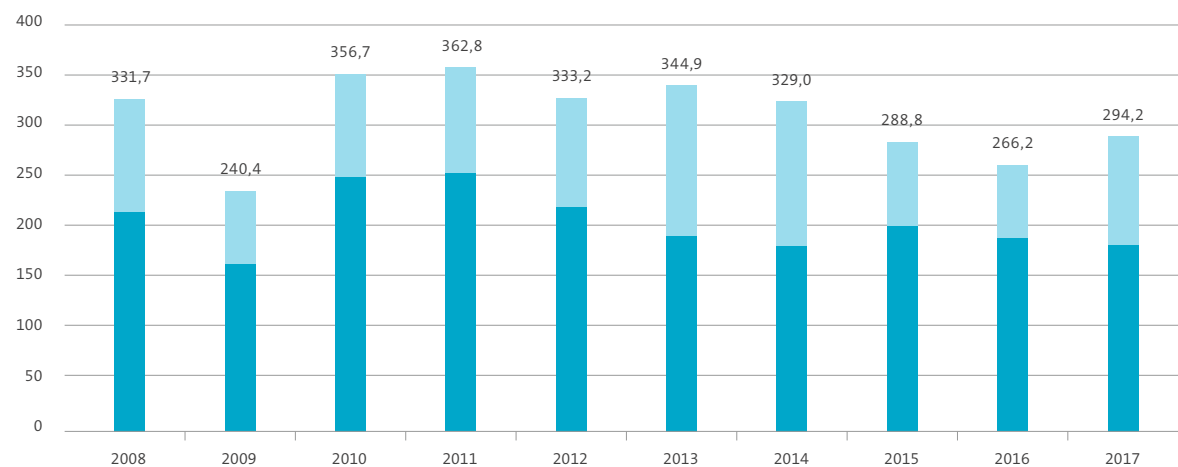
Zu den Finanzierungszusagen der IBB kamen noch Beteiligungszusagen der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH in Höhe von 10,9 Mio. Euro und Finanzierungen der IBB Business Team GmbH über die Programme Coaching Bonus und Transfer BONUS, so dass sich die Finanzierungszusagen der IBB-Gruppe in 2017 auf insgesamt 306,9 Mio. Euro summieren.

Anteil der Cluster an den Finanzierungszusagen erneut gestiegen

Der Anteil der Cluster an den Finanzierungszusagen hat das sehr hohe Niveau des Vorjahres in Höhe von 71,9 % noch einmal übertroffen und ist auf 78,5 % gestiegen. Die meisten Fördermittel entfielen mit 62,0 Mio. Euro wie im Vorjahr auf den Cluster Informations- und Kommunikationstechnik (I.u.K.), der mit 32,3 % auch den mit Abstand größten Gründeranteil aufwies.

Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung*

Mio. Euro

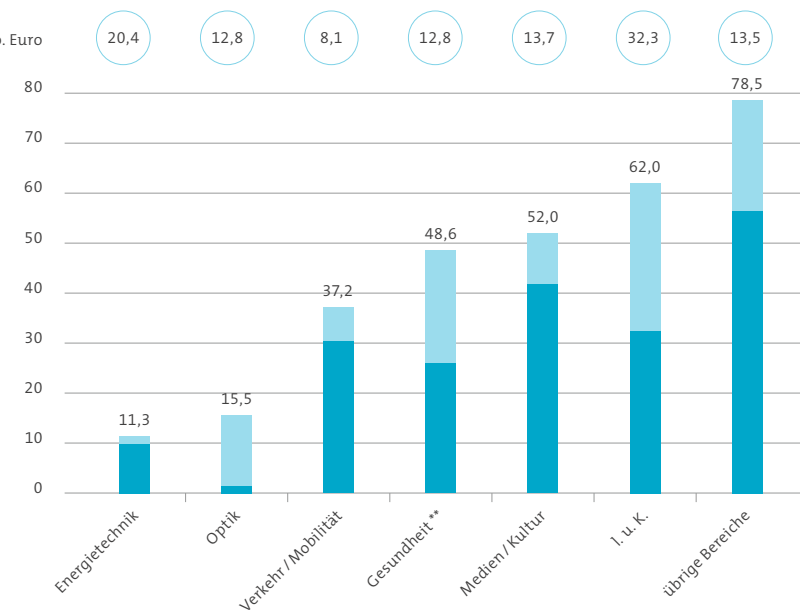


* ohne Sonderfinanzierungen

■ Darlehen ■ Zuschüsse

Finanzierungszusagen in den Clustern 2017*

Mio. Euro



Gründerquote %

■ Darlehen ■ Zuschüsse

* einschließlich IBB Beteiligungsgesellschaft

** Gesundheit: Biotechnologie, Medizintechnik und sonstige Gesundheitswirtschaft

Im Fokus: Das GRW-Programm – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist das bedeutendste Regionalförderinstrument von Bund und Ländern und soll helfen, Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen auszugleichen und diesen den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen. Die Durchführung der GRW-Fördermaßnahmen ist ausschließlich Angelegenheit der Länder. Gemäß Artikel 91a GG tragen Bund und die Länder, jeweils die Hälfte der Ausgaben.

Das GRW-Programm (früher: GA) gibt es in Berlin seit 1991, seit 1993 wird es von der IBB durchgeführt. Der gewerbliche Teil – auf den rund die Hälfte des Gesamtbudgets entfällt – beinhaltet

82,8

*Millionen Euro
Zuschüsse in 2017*

Investitionszuschüsse, die nach der Größe des Unternehmens gestaffelt sind, für Vorhaben, die einen überregionalen Effekt haben müssen. Vorrangiges Ziel ist die Steigerung der Wirtschaftsleistung und die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen. Seit 1991 wurden rund 6.700 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 10,7 Mrd. Euro mit Zuschüssen von über 1,8 Mrd. Euro gefördert. Allein in 2017 wurden mit Zuschüssen in Höhe von 82,8 Mio. Euro Investitionsvorhaben mit einem Volumen von 442 Mio. unterstützt, mit denen die Schaffung von rund 8.300 Arbeitsplätzen verbunden ist.

Und die GRW geht weiter! Bis 2020 stehen insgesamt über 900 Mio. Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Auch über 2020 hinaus bleibt die GRW erhalten und soll Kern eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen werden. Damit ist auch nach 2020 eine umfassende Förderung von Investitionsvorhaben der Unternehmen durch die GRW möglich.

Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der IBB-Förderung

Im Jahr 2017 hat die Investitionsbank Berlin (IBB) über ihre beiden Geschäftsbereiche Wirtschaftsförderung und Immobilien- und Stadtentwicklung Finanzierungszusagen und Bewilligungen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro erteilt. Gemeinsam mit ihren privaten und institutionellen Partnern hat die IBB damit Projekte in einer Größenordnung von insgesamt rund 5,5 Mrd. Euro finanziert. Auf den Bereich Wirtschaftsförderung entfielen dabei knapp 4,5 und auf den Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung knapp 1 Mrd. Euro.

Nach Berechnung der IBB-Volkswirte wurden davon rund 3 Mrd. Euro in neue Maschinen und Betriebsausstattungen und zum Neu- und Ausbau bzw. zur Sanierung von Wohnungen oder Gewerbeimmobilien in Berlin investiert. Damit entfallen im Jahr 2017 gut 12 % der in Berlin getätigten privatwirtschaftlichen Investitionen auf Projekte, die von der IBB begleitet und finanziert wurden. Mit diesen Investitionen sind die Schaffung und der Erhalt von 10.115 Arbeitsplätzen in den geförderten Unternehmen verbunden, darunter knapp 3.000 neu geschaffene Arbeitsplätze.

Neben der primären Wirkung der angeschobenen Investitionen in den von der IBB geförderten Unternehmen entstehen auch sekundäre Umsatz- und Beschäftigungseffekte in vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsbereichen. So könnten über einen Zeitraum von drei Jahren 12.000 weitere Arbeitsplätze in der Berliner Wirtschaft entstehen, die zum Teil aber nur temporären Charakter haben. Die durch die IBB angeschobenen Investitionen sowie die neu geschaffenen Arbeitsplätze führen unter dem Strich zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von rund 6 Mrd. Euro in den Jahren 2017 bis 2019, davon sind 4 Mrd. Euro bereits in der Förderperiode 2017 wirksam geworden.

Die Wirtschaftsförderung 2017 in Zahlen

Programme	Finanzierungszusagen			
	Anzahl	Volumen (in Mio. Euro)		
Stand: 31.12.2017		D, B, B	Zuschüsse	Summe
Berlin Start	86	10,1	–	10,1
Berlin Kredit	4	1,0	–	1,0
Berlin Kapital	2	0,8	–	0,8
Berlin Infra	1	25,0	–	25,0
Berlin Innovativ	10	3,9	–	3,9
Berlin Mittelstand	1	2,4	–	2,4
Gemeinschaftsausgabe (GRW)	203	–	82,8	82,8
KMU-Fonds	3	1,1	–	1,1
KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 Tsd. Euro	106	2,4	–	2,4
IBB-Wachstumsprogramm	19	111,0	–	111,0
Pro FIT	124	23,1	17,2	40,3
Innovationsassistent	218	–	4,4	4,4
Zwischenfinanzierung Film	14	5,4	–	5,4
Programm für Internationalisierung	239	–	3,5	3,5
Liquiditätshilfen	1	0,3		0,3
Zwischensumme Förderprogramme	1.031	186,3	107,9	294,2
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	36	10,9	–	10,9
IBB Business Team GmbH	448	–	1,8	1,8
Gesamtsumme IBB-Gruppe	1.515	197,2	109,7	306,9
Clusteranteil an Förderprogrammen	696	130,2	85,5	215,7
Clusteranteil in %	67,5	69,9	79,2	73,3
Gründeranteil an Förderprogrammen	384	25,1	15,2	40,3
Gründeranteil in %	37,2	13,5	14,1	13,7

(Erläuterung: D, B, B = Darlehen, Beteiligungen, Bürgschaften)

Ausblick 2018

Mit einer Reihe von Produktmodifikationen und neuen Angeboten geht die IBB in das Geschäftsjahr 2018.

Bis zu 500.000 Euro über „Berlin Start“

Zum Jahresanfang 2018 haben wir den Finanzierungsrahmen für unser Gründerprogramm „Berlin Start“ auf 500.000 Euro verdoppelt und sind damit jetzt in der Lage, auch anspruchsvolle technologische Gründungsprojekte zu finanzieren, die in Berlin eine größere Bedeutung erlangt haben.

Mikrokredit + Crowdfunding = IBB MikroCrowd

Mit der „IBB MikroCrowd“ verbinden wir den traditionellen Mikrokredit mit einer modernen Crowdfinanzierung. Alt trifft neu. Hauptzielgruppe sind Berliner Start-ups aus den Bereichen Kommunikation sowie Digital- und Kreativwirtschaft.

Über „IBB MikroCrowd“ können kleine und junge Unternehmen für ihr Vorhaben einen Mikrokredit beantragen und parallel dazu über eine Crowdfunding-Kampagne zusätzliches Kapital einsammeln. Das ist dann interessant, wenn außer den Geldern aus dem Mikrokredit noch weitere, nicht darlehensbasierte Mittel benötigt werden. Bei diesem neuen Angebot kooperieren wir mit der Crowdfunding-Plattform Startnext, bei der wir eine IBB-Partnerseite eingerichtet haben, über die Unterstützer und Interessierte gezielt nach unternehmerischen Projekten aus Berlin suchen können.

Mikrokredite aus dem KMU-Fonds jetzt auch für Geflüchtete

Um Flüchtlingen – auch mit begrenztem Aufenthaltsstatus – eine wirtschaftliche Existenzperspektive zu eröffnen, haben wir unser bereits seit 2008 angebotenes Mikrokredit-Programm nun auch für diesen Personenkreis geöffnet. Grundsätzlich soll die Darlehenslaufzeit der Dauer der Aufenthaltsgenehmigung entsprechen, aber auch längere Laufzeiten sind über eine Bürgschaftslösung möglich. Die Darlehenshöchstsumme beträgt unverändert 25.000 Euro.

Land Berlin unterstützt Einführung von Benzin-Hybrid-Taxis

Vom 1. März 2018 bis zum 30. Juni 2018 wird die IBB ein zeitlich befristetes Förderprogramm für die Umstellung der Berliner Taxis auf emissionsarme Hybridelektro-Antriebe anbieten. Taxiunternehmen können hier einen Zuschuss von 2.500 Euro je Fahrzeug für den Tausch ihres Diesel-Taxis gegen ein modernes Benzin-Hybrid-Fahrzeug erhalten. Ziel ist es, schnelle Effekte bei der Reduzierung von Stickoxid- und Feinstaubbelastungen durch Taxis zu erreichen, um drohende Fahrverbote in der Innenstadt zu vermeiden.

Das Programm hat ein Volumen von 5 Mio. Euro und wird über die IBB Business Team GmbH durchgeführt.

GründungsBONUS soll Förderlücke schließen

Die IBB plant zum 30.6.2018 die Einführung eines neuen Zuschussprogrammes „GründungsBONUS“, das bei der IBB Business Team GmbH angesiedelt werden soll. Ziel des Programmes ist es, die Förderlücke zwischen einer ersten Startfinanzierung und einer späteren Technologie- oder VC-Finanzierung, die dann schon höhere Anforderungen haben, zu schließen. Mit Zuschüssen bis zu 50.000 Euro sollen bis zu 50 % der förderfähigen Kosten finanziert werden können.



Beteiligungen

Für einige besondere Finanzierungs- und Förderangebote hat die IBB Tochtergesellschaften gegründet, die z. B. Venture-Capital-Finanzierungen (IBB Beteiligungsgesellschaft mbH) oder Coaching und ausgewählte Förderprogramme (IBB Business Team GmbH) anbieten. Als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin engagiert sich die IBB darüber hinaus seit Jahren für Institutionen der Berliner Wirtschaftsförderung. Dazu zählen die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH („visitBerlin“). Durch die enge Verknüpfung mit diesen Gesellschaften können die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit für die Berliner Wirtschaftsförderung und den Standort Berlin besser genutzt werden. Insgesamt ist die Investitionsbank Berlin (IBB) an 11 Unternehmen direkt beteiligt.

IBB Beteiligungsgesellschaft mbH (Beteiligungsquote: 100 %)

Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH wurde im Jahr 1997 gegründet und geht im Rahmen mehrerer Fonds offene Kapitalbeteiligungen (Early Stage) an Berliner Technologieunternehmen oder von Unternehmen aus dem Bereich der Kreativwirtschaft ein. Die Gesellschaft ist seit Jahren einer der aktivsten VC-Investoren Deutschlands und hat maßgeblich zur Entwicklung Berlins zum erfolgreichen Start-up-Standort beigetragen.

Insgesamt hat die IBB Beteiligungsgesellschaft seit 1997 Fonds mit einem Volumen von über 250 Mio. Euro aufgelegt. Gemeinsam mit Finanzierungspartnern konnten über eine Milliarde Euro in Berliner Start-ups investiert werden.

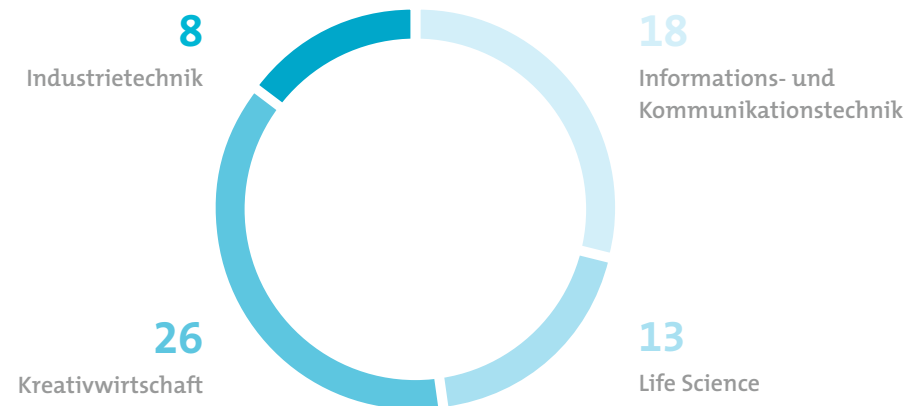
In 2017 wurden 9 neue Beteiligungen eingegangen sowie 27 Folgerunden abgeschlossen. In Erst- und Folgerunden hat die IBB Beteiligungsgesellschaft rund 11 Mio. Euro investiert. Daneben haben private Investoren den Start-ups weitere 63 Mio. Euro bereitgestellt. Auch eine Reihe erfolgreicher Exits konnten in 2017 realisiert werden.

Zum Jahresende 2017 umfasste das Portfolio der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH 65 Unternehmen.

Im Profil:

Investitionen 2017	10,9 Mio. Euro
Finanzierungsrunden 2017 (davon Erstrunden)	36 (9)
Beteiligungskapital 2017 (mit Finanzierungspartnern)	74,3 Mio. Euro
Portfoliounternehmen per 31.12.2017 (Anzahl)	65
Gesamtumsatz der Portfoliounternehmen 2017	554 Mio. Euro
Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den Portfoliounternehmen	2.958
Gesamtes Beteiligungskapital seit 1997 (mit Finanzierungspartnern)	1.327 Mio. Euro

Das Beteiligungsportfolio der IBB Beteiligungsgesellschaft



IBB Business Team GmbH (Beteiligungsquote: 100 %)

Mit den Förderaktivitäten der IBB Business Team GmbH (IBT) unterstützt die IBB Start-ups und kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Eigentümer von Wohnimmobilien durch Coaching, Beratung und die Organisation von Veranstaltungen:

Coaching BONUS

Zuschüsse für betriebswirtschaftliches Coaching für Existenzgründungen und KMU durch ausgewählte Coaches. Die Förderung kann insbesondere zur Vorbereitung und Begleitung der Internationalisierung und der Unternehmensnachfolge in Anspruch genommen werden. Im Berichtsjahr erhielten 71 Berliner KMU Zuschüsse in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. Euro.

Transfer BONUS

Zuschüsse für Vorhaben der angewandten Forschung und Entwicklung von KMU mit Wissenschaftseinrichtungen, zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Seit 2016 erweitert auf Digitalisierungsvorhaben. In 2017 erhielten 377 Unternehmen Zuschüsse in Höhe von 0,9 Mio. Euro.

Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW)

Der BPW bietet den Teilnehmern Unterstützung bei der Entwicklung eines tragfähigen Geschäftskonzepts. Er wird gemeinsam mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und den Unternehmensverbänden in Berlin-Brandenburg e. V. (UVB) organisiert. Im BPW 2017 wurden von 809 Gründerinnen und Gründern 392 verschiedene Geschäftskonzepte eingereicht. Den Wettbewerb gibt es bereits seit 1996. Aus den Wettbewerben der Jahre 1996 bis 2017 sind 1.934 Unternehmen mit 12.593 Arbeitsplätzen gegründet worden, die heute noch bestehen.

Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT)

Die deGUT gilt deutschlandweit als Leitmesse für Gründer und junges Unternehmertum und bietet ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu allen Gründungsfragen. Im Jahr 2017 zählten die „deGUT“ rund 140 Aussteller und 6.000 Besucher.

Energieberatung für Effizienz und Optimierung (ENEO)

ENEO unterstützt Eigentümer von Wohnimmobilien bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Durch ENEO werden insbesondere energetische Gutachten und Beratung bei der Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen gefördert.

Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Beteiligungsquote: 31,5 %)

Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie ist die Gesellschaft für Wirtschafts- und Technologieförderung sowie Standortmarketing des Landes Berlin. Als Public Private Partnership stehen hinter Berlin Partner neben dem Land Berlin, der Investitionsbank Berlin und weiteren Institutionen auch über 280 Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen, die sich für ihre Stadt engagieren.

Im Rahmen von 272 Projekten hat Berlin Partner in 2017 Unternehmen unterstützt, die insgesamt 8.197 Arbeitsplätze in Berlin realisieren. Dabei werden rund 557 Mio. Euro investiert. Berlin Partner unterstützt Unternehmen sowohl bei der Ansiedlung in Berlin als auch beim Wachstum am Standort. Zahlreiche Fachexperten bilden mit maßgeschneiderten Services und einer exzellenten Vernetzung zur Wissenschaft ein optimales Angebot, um Innovations-, Ansiedlungs-, Expansions- und Standortsicherungsprojekte zum Erfolg zu führen. Zudem verantwortet Berlin Partner das weltweite Marketing für die deutsche Hauptstadt, beispielsweise mit der erfolgreichen „be Berlin“-Kampagne.



Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (Beteiligungsquote: 50 %)

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH organisiert die Filmförderung und das Marketing für den Film- und Medienstandort Berlin-Brandenburg. So hat die Gesellschaft dazu beigetragen, dass sich die Hauptstadtregion in den vergangenen Jahren zur deutschen Filmhauptstadt, zu einer bedeutenden Kreativmetropole und zum Zentrum der digitalen Gründerszene entwickelt hat.

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin) (Beteiligungsquote: 25 %)

Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK) vermarktet Berlin als Tourismusdestination und Kongressstandort unter der Marke „visitBerlin“. Neben der IBB sind das Land Berlin, die Berliner Hotellerie sowie weitere öffentliche Institutionen an der BTK beteiligt. Auch in 2017 konnten wieder mehr als 31 Mio. Übernachtungen in Berlin gezählt werden. Der Tourismus zählt damit zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren Berlins.

Immobilien- und Stadtentwicklung

Entwicklung in der Immobilien- und Stadtentwicklung

Situation

Die demografische Entwicklung ist nach wie vor eine große Herausforderung für den Berliner Wohnungsmarkt. Das Bevölkerungswachstum hat sich zwar etwas verlangsamt, ist aber nach wie vor groß. So zeigt die Einwohnerstatistik im Jahr 2017 erneut einen Anstieg um 41.308 Einwohnerinnen und Einwohner, während im Jahr 2016 allerdings noch ein Zuwachs von 60.466 zu verzeichnen war. Am Ende des Jahres 2017 lag die Berliner Bevölkerungszahl bei 3.711.930 Personen und ist damit seit 2010 um rund 300.000 gestiegen.





Aber auch das Wachstum im Berliner Wohnungsbau hält weiter an. Seit 2010 steigt sowohl die Zahl der Baugenehmigungen als auch die Zahl der Baufertigstellungen kräftig an. Bis Ende 2016 wurde der Bau von rund 100.000 Wohnungen in Berlin genehmigt und rund 54.000 Wohnungen wurden fertiggestellt. Insbesondere die Fertigstellungen sind in 2016 auf 13.659 kräftig angezogen. Mehr fertiggestellte Wohnungen als 2016 hat es zuletzt in 1998 gegeben. Damit wächst das Missverhältnis zwischen Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf nicht mehr so schnell, aber nach wie vor öffnet sich die Schere und steht der Berliner Wohnungsmarkt insbesondere im preisgünstigen Segment erheblich unter Druck.

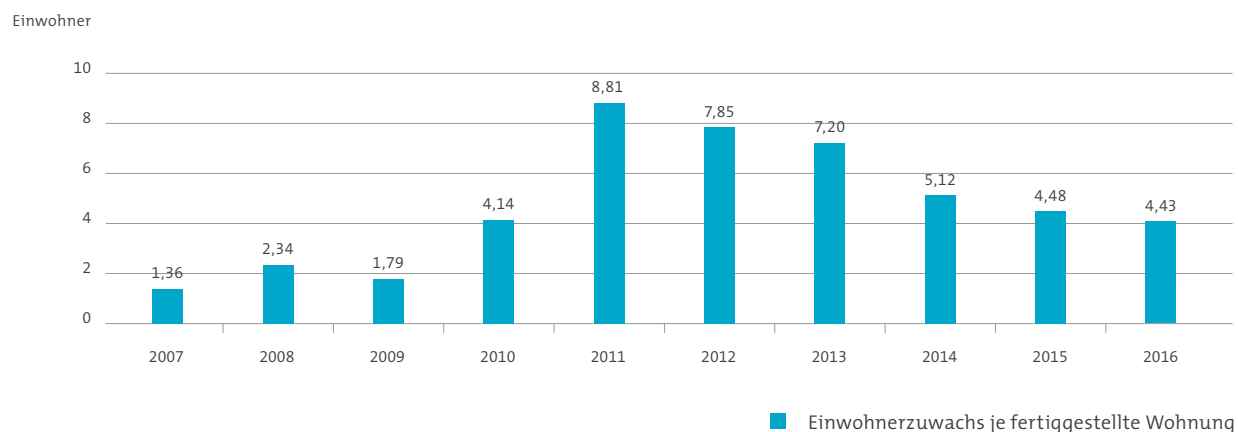


Die Bauleistungen müssen also weiter steigen. Um vor allem dem Mangel an preiswertem Wohnraum abzuhelpen, werden die Zielvorgaben für den IBB Wohnungsneubaufonds weiter erhöht und wurden die Förderbedingungen zum Jahresanfang 2018 verbessert. Zusätzlich sind für das Jahr 2018 weitere flankierende Maßnahmen in Planung. So will das Land einen Fonds in Höhe von 150 Mio. Euro auflegen, um Grundstücke für den Wohnungsbau, Schulbau und die Infrastruktur anzukaufen. 50 Mio. Euro davon sollen für den Erwerb von Gewerbeflächen verwendet werden. Dazu zählt auch die geplante Verschärfung des Zweckentfremdungsverbots-Gesetzes, wo Wohnungsleerstand künftig schneller geahndet werden soll. Die planmäßigen Mieterhöhungen im Sozialen Wohnungsbau werden 2018 das zweite Mal in Folge ausgesetzt und das System der Sozialen Richtsatzmiete soll eingeführt werden. Die Wohnungsknappheit und der starke Preisanstieg der letzten Jahre haben auch das Problem der Fehlbelegung verschärft, weil Mieter zu lange in unpassenden – oft zu großen – Wohnungen verbleiben. Hier ist für 2018 die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse in Kombination mit einer Umzugsprämie in Vorbereitung.

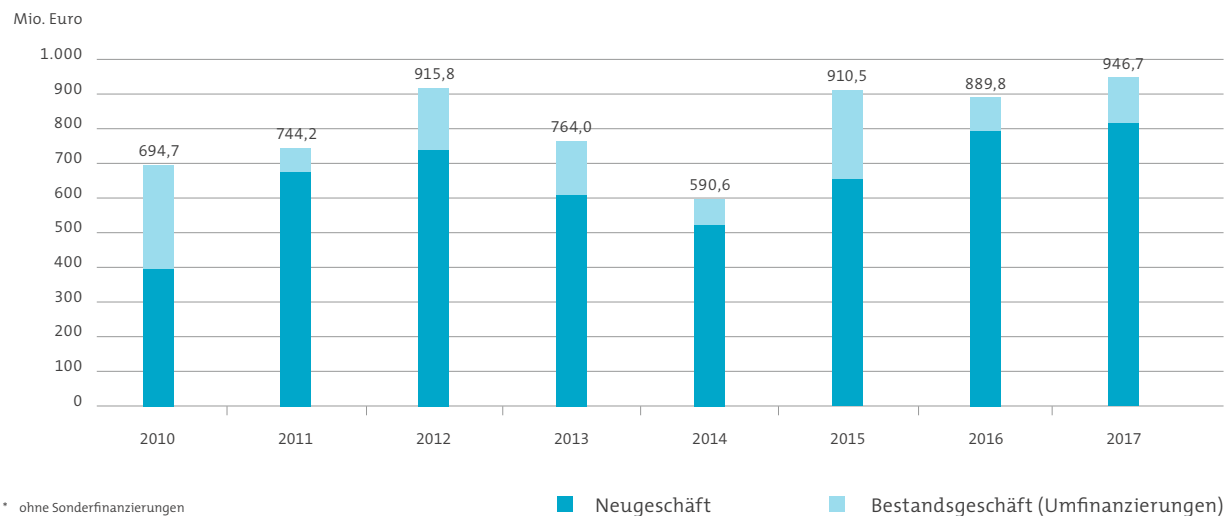
Finanzierungsrekord im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Jahr 2017 wurde das seit 2015 bestehende hohe Niveau der Finanzierungszusagen in der Immobilien- und Stadtentwicklung nicht nur gehalten, sondern auf 946,7 Mio. Euro noch einmal um gut 6 % gesteigert. Auch das Neugeschäft, das mit 793 Mio. Euro im Vorjahr einen Rekordwert verzeichnet hatte, konnte erneut auf 814 Mio. Euro erhöht werden und kommt auf einen Anteil von rund 86 % an den gesamten Finanzierungszusagen. Während das Finanzierungsergebnis im Bereich von Sanierung und Modernisierung gegenüber dem Vorjahr auf die Hälfte gefallen ist, verzeichneten vor allem das Konsortialgeschäft und die Neubauförderung große Steigerungen.

Einwohnerzuwachs je fertiggestellte Wohnung



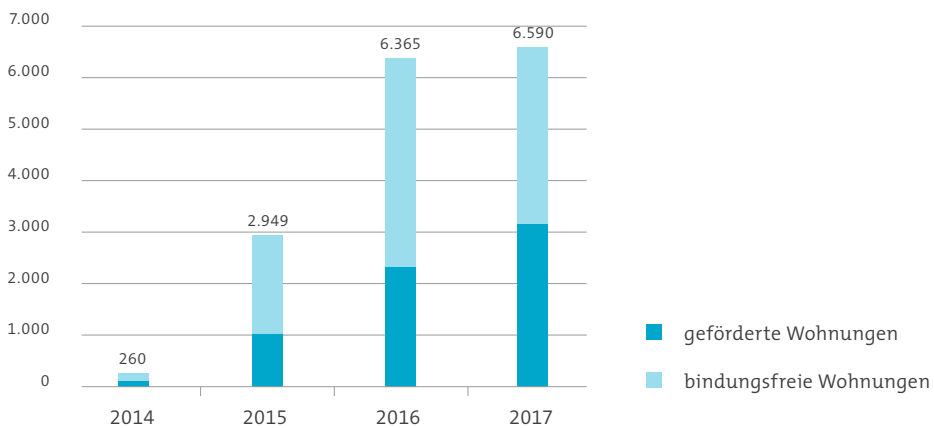
Finanzierungszusagen in der Immobilien- und Stadtentwicklung*



Mehr als 3.000 preisgebundene Wohnungen gefördert

Im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds wurden im Berichtsjahr insgesamt 6.590 Wohnungen bewilligt, von denen nahezu die Hälfte (3.132 Wohnungen) preisgebunden und 3.458 Wohnungen bindungsfrei sind. Damit wurde die Zielgröße von 3.000 preisgebundenen Wohnungen geringfügig übertroffen. Einen Überblick über die Entwicklung der Neubauförderung im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds gibt die folgende Grafik:

Der IBB Wohnungsneubaufonds 2014 – 2017



Die Immobilienförderung 2017 in Zahlen

Berichtsjahr	Finanzierungszusagen in Mio. Euro	
	2016	2017
Sanierung und Modernisierung		
IBB Energetische Gebäudesanierung	69,1	32,9
IBB Altersgerecht Wohnen	6,0	4,4
IBB Wohnraum Modernisieren	5,3	2,1
KfW Energieeffizient Sanieren	0,4	0,4
KfW Altersgerecht Umbauen	–	0,3
Zwischensumme Sanierung und Modernisierung	80,8	40,2
Neubau		
IBB Familienbaudarlehen	0,3	0,2
KfW Energieeffizient Bauen	51,2	27,4
KfW Wohneigentumsprogramm	1,7	1,5
Genossenschaftlicher Neubauwettbewerb	–	–
IBB Wohnungsneubaufonds	47,0	54,3
IBB Wohnungsneubau	176,2	232,0
Zwischensumme Neubau	276,4	315,4
Sonstige		
Konsortialdarlehen und Konsortialavale	157,2	238,2
Globaldarlehen	65,0	–
Berlin Infra	41,0	17,4
Sanierungs- und Strukturdarlehen	6,3	16,1
Förderergänzungsdarlehen	154,5	166,2
Zuschussprogramme	12,2	20,5
Zwischensumme Sonstige	436,2	458,4
Summe Neugeschäft (einschließlich Zuschüssen)	793,4	814,0
Umfinanzierungen	96,4	132,8
Summe (ohne Sonderfinanzierungen)	889,9	946,7

Ausblick 2018

Verbesserte Förderkonditionen beim IBB Wohnungsneubaufonds

Um die Attraktivität des IBB Wohnungsneubaufonds weiter zu erhöhen, wurden zum Jahresanfang 2018 verbesserte Förderkonditionen eingeführt. So stieg die Darlehenshöchstsumme des 30 Jahre zinslosen Baudarlehens auf 1.300 Euro je Quadratmeter bzw. 91.000 Euro je Wohnung. Nach wie vor gibt es zwei Fördermodelle, das Modell 1 mit einer anfänglichen Mietbegrenzung auf 6,50 Euro (netto kalt) je Quadratmeter und das Modell 2 mit eingeschränkten Förderkonditionen, aber einer Anfangsmiete von bis zu 8,00 Euro (netto kalt). Dabei kann das Modell 2 allerdings nur für maximal 20 % der insgesamt errichteten Wohnungen in Anspruch genommen werden und nur in Verbindung mit mindestens 30 % nach Modell 1 geförderten Wohnungen.

Die Zielsetzungen für den IBB Wohnungsneubaufonds steigen in 2018 von 3.000 auf 3.500 Wohneinheiten und sollen sukzessive um jährlich 500 Einheiten auf 5.000 geförderte Wohnungen erhöht werden, womit dann – die bindungsfreien Wohnungen eingerechnet – rund 10.000 Wohnungen im Jahr im Rahmen des Neubaufonds finanziert werden.

Aussetzung der planmäßigen Mieterhöhungen für Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau

Wegen des großen Bedarfs an preiswerten Wohnungen hat der Senat beschlossen, für das Jahr 2018 die zum April zulässigen Mieterhöhungen wie bereits im Vorjahr erneut auszusetzen. Das betrifft rund 46.000 Wohnungen bzw. Haushalte im Sozialen Wohnungsbau. Die Wohnungseigentümer können zum Ausgleich entweder Zuschüsse oder die Reduzierung ihrer Tilgungsverpflichtungen bei der IBB beantragen.

Refinanzierung

Zur Refinanzierung ihrer Förderprogramme setzt die Investitionsbank Berlin Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin ein. Im Berichtsjahr wurde neben programmbezogenen Refinanzierungsmitteln auch Mittel aus einem Globaldarlehen der KfW mit einem Finanzierungsrahmen von 350 Mio. Euro eingesetzt. Auch mit der Council of Europe Development Bank (CEB) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat die IBB in 2017 Refinanzierungsverträge über jeweils 100 Mio. Euro geschlossen.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden als weiterer Bestandteil der Refinanzierungsaktivitäten der IBB im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von rund 1,9 Mrd. Euro durchgeführt.

Personalbericht

Personalstruktur

Die Investitionsbank Berlin hatte am Ende des Berichtsjahres 626 Beschäftigte, davon 366 Mitarbeiterinnen und 260 Mitarbeiter. Auf die Beschäftigten entfallen insgesamt 35 Auszubildende, was einer Quote von 5,6 % entspricht.

Altersstruktur der Beschäftigten

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig auf 46,1 Jahre angestiegen. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit liegt derzeit bei 20,4 Jahren.

Wie die nachstehende Übersicht zeigt, wird ein großer Teil unserer Beschäftigten innerhalb der nächsten 15 Jahre das Berufsleben altersbedingt beenden. Im Rahmen unseres Kapazitäts- und Anforderungsmanagements bereiten wir uns derzeit intensiv auf diese demografische Herausforderung vor.

Aus- und Weiterbildung

Ein Baustein unserer Personalentwicklung ist die betriebliche, duale Ausbildung. Im Jahr 2017 befanden sich 11 angehende Bankkaufleute und 24 Dual-Studierende in ihrer Ausbildung bei der IBB. Von den Dual-Studierenden verfolgen insgesamt 15 die Fachrichtung „Bank“, sechs die Fachrichtung „Immobilienwirtschaft“ und drei das Studium der „Informatik“. 13 junge Menschen, darunter vier Auszubildende und neun Dual-Studierende haben ihre Ausbildung in 2017 aufgenommen. Zehn junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 2017 in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

Die IBB fördert im Rahmen der Weiterbildung das Lebenslange Lernen, um die Kompetenzausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern und auszubauen. Das Unternehmen investierte in 2017 durchschnittlich 3,3 Weiterbildungstage pro Beschäftigten.

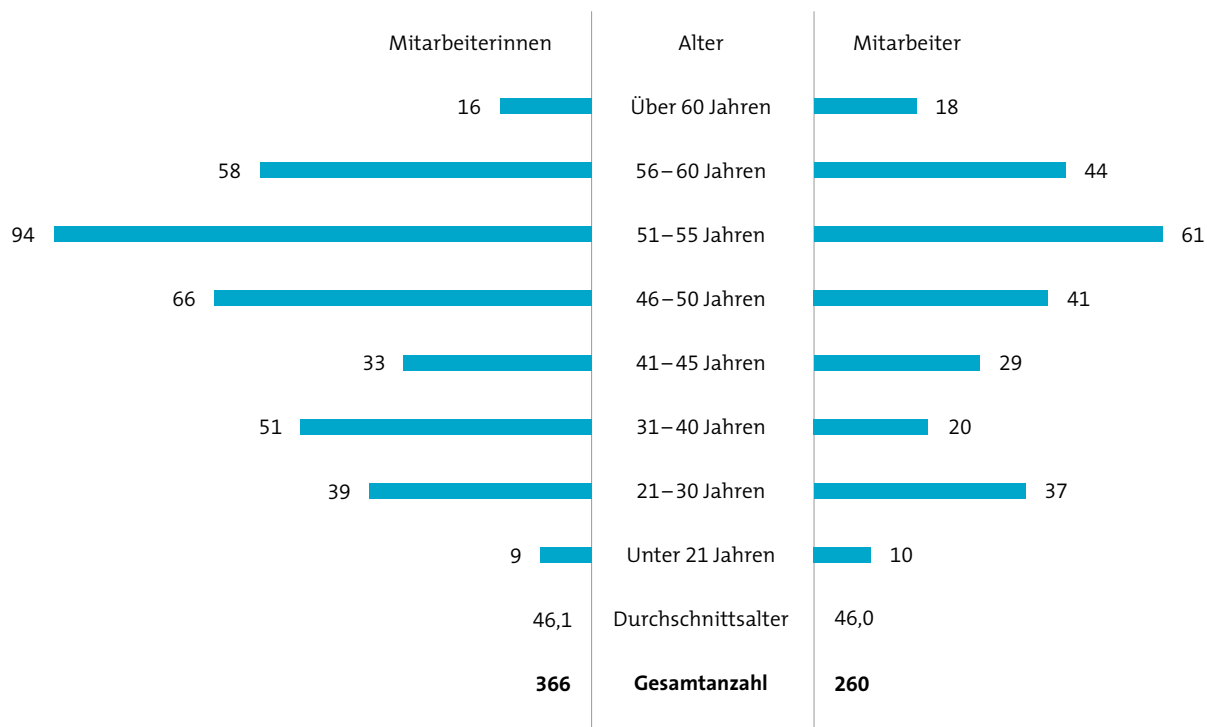


Personalstruktur* am 31.12.2017

	Angestellte		Auszubildende		Insgesamt	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Mitarbeiterinnen	353	351	17	15	370	366
Mitarbeiter	241	240	17	20	258	260
Insgesamt	594	591	34	35	628	626

* ohne Vorstand

Altersstruktur der Beschäftigten



Modellprojekt „Home-Office“ gestartet

Zur Jahresmitte 2016 hatte die IBB ein Home-Office-Projekt gestartet, an dem sich mehr als 40% der Belegschaft beteiligten. Vorrangiges Ziel war es, über ein flexibles Arbeitszeitmodell einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu leisten. Die Resonanz auf diesen zum Jahresende 2017 befristeten Modellversuch war sowohl aus Arbeitnehmer- als auch aus Arbeitgebersicht so positiv, dass er erfolgreich beendet und in das dauerhafte, erweiterte System „Mobiles Arbeiten“ überführt werden konnte. Während beim Modellversuch lediglich 25 Home-Office-Tage im Jahr möglich waren, wird dies mit der Dienstvereinbarung „Mobiles Arbeiten“ nun auf einen Tag in der Woche erhöht.

Dank des Vorstands

Wir danken allen Beschäftigten für ihre Arbeit im Berichtsjahr, wo in vielen Bereichen ein großer Einsatz notwendig war, um die guten Ergebnisse zu erreichen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch in 2017 in verschiedenen Projekten sozial engagiert. Auch dafür danken wir Ihnen. Den Beschäftigtenvertretungen sagen wir Dank für die stets konstruktive Zusammenarbeit.

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt des öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin. Träger der IBB ist das Land Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der so genannten Verständigung II). Sie verfügt über eine Anstaltslast, eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Sol-va-o-Status) sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde sie im August 2016 als potenziell systemgefährdendes Institut (PSI) im Sinne des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) eingestuft. Gegen diese Einstufung hat die IBB Widerspruch eingelegt. Die sofortige Vollziehung des Bescheides wurde in der Folge seitens der BaFin seit Dezember 2016 ausgesetzt.

Die Bank stellt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein Förderproduktportfolio, bestehend aus revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, Mezzanine Kapital sowie Beteiligungen, Zuschussprogrammen und Beratungsleistungen. Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und

setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU sowie der Europäischen Investitionsbank und der Council of Europe Development Bank – CEB ein.

Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in vier Unternehmensbereiche, durch welche die Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

Ziele und Strategien

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB-Gruppe verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages das folgende Geschäftsmodell:

- Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Wohnungsneubau und Klimaschutzmaßnahmen
- Einsatz von revolvingierenden Finanzinstrumenten, Darlehen, Mezzanine-Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen
- Übernahme weiterer Aufgaben für das Land Berlin als Dienstleister
- Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/der IBB

- Erwirtschaftung von Erträgen aus der Übernahme von Kreditrisiken, der Liquiditätssteuerung, Fristentransformation sowie Eigenanlagen zur Unterstützung der Förderaufgaben, u. a. über die Speisung des Berlin-Förder-Fonds (BFF)
- Aus dem Berlin-Förder-Fonds wird der Berlin-Beitrag dargestellt, der mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet wird.
- Grundsatz der Geschäftspolitik ist die Einhaltung der Risikotragfähigkeit sowie des Gesamtkostendeckungsprinzips.

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus den folgenden Teilen zusammen:

Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen – inkl. Digitalisierung – sowie das Governance-Framework der IBB dargelegt. Im zweiten Teil werden die Teilstrategien der drei Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Bankbuch inkl. Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und börsennotierte Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Immobilieninvestoren und -gesellschaften, Geschäftsbanken, Kooperations- und Vertriebspartner sowie Privatkunden und Mieter. Die IBB als Kompetenzzentrum im Umfeld der sozialen Wohnungsbauförderung befindet sich im Ausbau. Das Geschäftsfeld Bankbuch inkl. Treasury dient der Unterstützung zur Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Bankbuch inkl. Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen. Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Personalmanagement, die Unternehmenskommunikation sowie die Teilstrategie Beteiligungen. Die Risikostrategie, die

IT- sowie die Vergütungsstrategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die Risikostrategie gibt die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vor, indem sie den Handlungsrahmen definiert, wie Risiken zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie wird das Ziel verfolgt, auch im Zeitalter der Digitalisierung den Förderauftrag (kosten-)effizient und sicher zu erfüllen. Schwerpunkte der Vergütungsstrategie sind die Einhaltung einer stabilen Vergütungspraktik, eine leistungs- und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten und die Risikobetrachtung im Zusammenhang mit variablen Vergütungsbestandteilen.

Steuerungssystem

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Eine Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. finanzielle Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:

- Neugeschäft
- wirtschaftliches Ergebnis
- Förder-Cost-Income-Ratio
- Gesamtkapitalquote

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäft** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach

Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie im Auftrag des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten aus den Verwaltungsaufwendungen und den operativen Erträgen. Dabei beinhalten die operativen Erträge außer dem Zins- und Provisionsergebnis das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. des Berlin-Beitrages.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risiko-steuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die **Gesamtkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Auf die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren gehen wir insbesondere im Wirtschaftsbericht gesondert ein.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Berichterstattung über nichtfinanzielle Leistungsindikatoren der IBB erfolgt in einer gesonderten nichtfinanziellen Erklärung. Die Anforderungen aus dem Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vom 11.04.2017 werden somit in der genannten Erklärung berücksichtigt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die hohe wirtschaftliche Dynamik in Berlin hielt auch im 2. Halbjahr 2017 an. Die konjunkturelle Grundtendenz war zum Herbst sogar noch etwas kräftiger als Anfang des Jahres angenommen. Vor allem die Erholung der internationalen Aktivitäten wurde nicht so rasch und in diesem Umfang erwartet. Das Berliner Bruttoinlandsprodukt dürfte im gesamten Jahr 2017 um 2,5 % gestiegen sein.

Der Welthandel expandierte im Durchschnitt des vergangenen Jahres stärker als im Vorjahr. Der globale Aufschwung hat im Länderprofil deutlich an Breite gewonnen. Das Expansionstempo der Weltwirtschaft insgesamt lag im Jahresverlauf 2017 sogar leicht über den Erwartungen der IBB-Frühjahrsprognose. Für die Industrieländer wird davon ausgegangen, dass sich die Zuwachsraten auf dem gegenwärtig recht hohen Niveau wieder etwas abschwächen könnten. Das zuletzt kräftige Wirtschaftswachstum in den USA dürfte auch eine Gegenbewegung zu den eher mäßigen Zuwächsen im 1. Halbjahr 2017 darstellen. Die Schwellenländer konnten das inzwischen erreichte Expansionstempo im Jahresverlauf 2017 zumeist halten oder sogar ausbauen. Weitgehend stabil blieb das Wachstum in China und in anderen ostasiatischen Ländern. Zudem profitierten Russland und Brasilien von der weiteren Erholung der Rohstoffmärkte.

Auch die Wirtschaft im Euroraum setzte im Jahresverlauf 2017 das seit dem Winterhalbjahr 2016 anziehende hohe Expansionstempo fort. Vor dem Hintergrund sinkender Arbeitslosenquoten, weiterer Beschäftigungszuwächse, langsam steigender Löhne und zunehmender Kapazitätsauslastung gingen deutliche Impulse von der Binnennachfrage aus.

Von der anhaltend kräftigen Expansion der Eurozone profitierten auch die Berliner Exporteure, die sogar Marktanteile hinzugewinnen konnten. Die Auftragseingänge der Berliner Industrie entwickelten sich seit Jahresbeginn 2017 allerdings stark rückläufig. Der Trendverlauf der Auftragseingänge hat aber die Talsohle durchschritten. Vor dem Hintergrund der dynamischen konjunkturellen Entwicklung,

den rekordhohen Steuereinnahmen und der zunehmenden Kapazitätsauslastung der Unternehmen am Wirtschaftsstandort Berlin hat sich zudem die starke Investitionstätigkeit 2017 fortgesetzt. Die öffentliche Hand erhöhte die Finanzierungsmittel für Infrastrukturprojekte und auch die Unternehmen investierten deutlich mehr in Maschinen und Ausrüstungen.

Vor allem der Arbeitsmarkt in Berlin hat sich 2017 äußerst positiv entwickelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um knapp 59.000 (+ 4,2 %) auf 1,46 Mio. Mit dieser Steigerung liegt Berlin 1,9 Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt (+ 2,3 %). Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin um nahezu 160.000 erhöht. Der Personalbedarf in den Unternehmen ist nach wie vor hoch. Fachkräfte werden in vielen Branchen gesucht, vor allem aber in dem überdurchschnittlich gut entlohnten Bereich Information und Kommunikation. Jeder 7. neue Berliner Job wird inzwischen in dieser zukunftsorientierten Branche geschaffen.

Als wichtiger Start-up-Standort nimmt Berlin im Bereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit die führende Position ein und ist im internationalen Maßstab weithin sichtbar. Dies dokumentieren die zahlreichen Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und der beachtliche Zufluss an Wagniskapital. Auch 2017 dominierte Berlin die Start-up-Szene in Deutschland. Starke Wachstumsimpulse für die Berliner Wirtschaft kommen weiterhin aus den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen, wo zuletzt ein Umsatzzuwachs von 9,4 % gemeldet wurde.

Der Berliner Wohnimmobilienmarkt ist trotz der deutlichen Ausweitung im letzten Jahr weiterhin durch einen Nachfrageüberhang gekennzeichnet. Zur Expansion tragen die mittlerweile auch in Berlin besseren Einkommensverhältnisse sowie die nach wie vor niedrigen Finanzierungskosten bei. Die festen Erwartungen einer anhaltend expansiven Geldpolitik hielten auch 2017 die Marktzinsen auf sehr niedrigem Niveau. Impulse für den Berliner Wohnimmobilienmarkt

kamen vor diesem Hintergrund verstärkt von Kapitalanlegern auf der Suche nach Rendite. Hinzu kommt die anhaltend hohe Zuwanderung von Menschen, die ein Beschäftigungsverhältnis in Berlin eingehen. Das Thema „knappes Bauland“ hat weiter an Bedeutung gewonnen und die Ausweitung des Berliner Wohnungsangebots deutlich gedämpft.

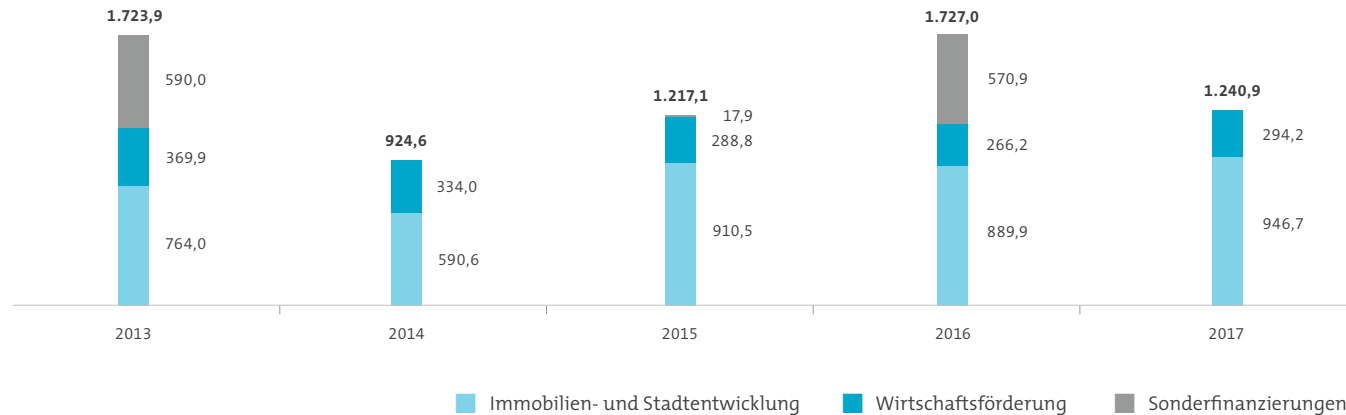
Dank der sehr guten Arbeitsmarktlage und steigender Löhne sorgte vor allem der private Konsum weiterhin für ein robustes Grundtempo in der Berliner Wirtschaft. Gleichwohl ergeben sich nach Einschätzung der IBB-Volkswirte mögliche Risiken für das Berliner Wirtschaftswachstum aus dem internationalen Umfeld. So könnten mögliche protektionistische Maßnahmen auch das Berliner Wachstum schwächen und der Preisdruck durch den internationalen Wettbewerb die Unternehmen am Wirtschaftsstandort Berlin belasten. Alles in allem ruht die Berliner Konjunktur inzwischen aber auf einer deutlich breiteren Basis als noch vor einigen Jahren. Dank sprudelnder Berliner Steuereinnahmen tragen neben einer kräftigen Nachfrage der öffentlichen Hand und hohen Wohnungsbauinvestitionen nun auch steigende Unternehmensinvestitionen zum Wachstum bei.

Geschäftsverlauf

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2017 ist die Bank angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einem unter dem des Jahres 2016 liegenden Jahresüberschuss (ohne Vereinbarung von EFRE-Fördermitteln als GuV-wirksamer Zuschuss) ausgegangen. Diese Einschätzung hatte sich zunächst durch die Effekte des weiterhin niedrigen Marktzinsniveaus sowie des langsam anlaufenden Neugeschäfts im 1. Halbjahr bestätigt. Ab der Jahresmitte war jedoch ein deutliches Anziehen bei der Nachfrage nach Förderfinanzierungen erkennbar. Über alle Geschäftsfelder (ohne Sonderfinanzierungen) hinweg hat die IBB ein sehr gutes Neugeschäftsvolumen realisiert.

Finanzierungszusagen

für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Neugesäftsvolumen im Bereich der **Immobilienfinanzierungen** um 6 % auf 946,7 Mio. Euro (Vorjahr 889,9 Mio. Euro) und konnte somit die Ergebnisse der Vorjahre übertreffen.

Die Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Wohnungsneubau nahm spürbar zu, da private Investoren und Wohnungsbaugesellschaften wieder stärker in den Bau und die energetische Aufwertung von sozialem Wohnraum investierten. Damit konnte der Vorjahreswert erneut gesteigert werden. Der bereits ambitionierte Planwert unseres Neugesäftes konnte ebenfalls um 6 % übertroffen werden.

Das starke Berliner Bevölkerungswachstum der letzten Jahre führte zu erhöhten Anspannungen insbesondere auf dem Markt für preiswerten Wohnraum für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten. Ein Schwerpunkt der IBB-Wohnungsneubauförderung besteht daher in der Finanzierung des Neubaus preisgebundener Wohnungen. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 315,4 Mio. Euro

(Vorjahr 276,4 Mio. Euro) zugesagt. Im Detail wurden 54,3 Mio. Euro (Vorjahr 47,0 Mio. Euro) an öffentlichen Baudarlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sowie insbesondere die ergänzenden Förderfinanzierungen in Höhe von 232,0 Mio. Euro (Vorjahr 176,2 Mio. Euro) ausgereicht.

Das lebhaftes Neugesäft in der Wohnungsneubauförderung führte zu einer schwächeren Nachfrage nach energieeffizienten und bedarfsgerechten Sanierungen des Wohnungsbestandes. Die Neugesäftszahlen lagen mit 40,2 Mio. Euro deutlich unterhalb des Vorjahreswertes (80,8 Mio. Euro).

Auch die Nachfrage nach Infrastrukturinvestitionen kommunaler Unternehmen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahreswert von 41,0 Mio. Euro auf 17,4 Mio. Euro. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken bei Konsortialfinanzierungen (238,2 Mio. Euro; Vorjahr 157,2 Mio. Euro) konnte den Rückgang teilweise kompensieren.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurden Zusagen in einer Gesamthöhe von 299,0 Mio. Euro ausgesprochen (Vorjahreswert: 250,9 Mio. Euro).

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** entwickelte sich die Nachfrage nach Fördermitteln mit insgesamt 294,2 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau (ohne Sondergeschäft 266,2 Mio. Euro).

Rückläufig, aber innerhalb der Erwartungen entwickelte sich das „IBB Wachstumsprogramm“. Mit Zusagen von 96,0 Mio. Euro (Vorjahr 136,9 Mio. Euro) für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen ist das Förderprogramm nach wie vor das volumenstärkste.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis der Wirtschaftsförderung hat das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Das Ergebnis liegt zwar unterhalb der hohen Erwartungen für 2017, jedoch konnten die Vorjahreswerte (51,1 Mio. Euro) mit 82,8 Mio. Euro deutlich übertroffen werden. Erneut nutzten viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Im Bereich der Technologieförderung konnten erwartungsgemäß auch in diesem Jahr mit dem Programm *Pro FIT* Neugeschäftszusagen in einer Gesamthöhe von 40,3 Mio. Euro (Vorjahr 38,2 Mio. Euro) bewilligt werden. Diese dienen vornehmlich zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien.

Ertragslage

Insbesondere aufgrund der lebhaften Neugeschäftsentwicklung weist die Bank in 2017 wiederholt eine solide Ertragslage auf.

Das erwartungsgemäß unter den Werten des Vorjahres (52,5 Mio. Euro), jedoch auf Planniveau liegende **wirtschaftliche Ergebnis** von 39,4 Mio. Euro ermöglichte erneut eine nachhaltige Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten (Berlin-Beitrag: 28,8 Mio. Euro; Vorjahr 28,7 Mio. Euro) im Auftrag des Landes.

Die Ertragslage wird durch die nachfolgende, an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. Diese weicht in einigen Punkten von der HGB-Darstellung ab: Betroffen hiervon sind unverändert **Bewertungseffekte** aus der Amortisierung von Kursaufschlägen bei hochverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 14,4 Mio. Euro (Vorjahr 18,5 Mio. Euro). Diese wurden aus ökonomischen Gesichtspunkten aus dem Bewertungsergebnis ins Zinsergebnis umgegliedert.

Weiterhin betroffen ist der bereits aufgeführte Aufwand aus defizitären Förderaktivitäten, die dem Land als **Berlin-Beitrag** in Rechnung gestellt werden. Im Berichtsjahr wurden 13,5 Mio. Euro (Vorjahr 14,1 Mio. Euro), davon 5,4 Mio. Euro aus dem GuV-Posten (HGB) „sonstige betriebliche Aufwendungen“ sowie weitere 6,7 Mio. Euro aus dem Verbrauch von Rückstellungen und 1,4 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. Euro) aus der Position „Risikovorsorge“ als Berlin-Beitrag berücksichtigt. Weitere 15,2 Mio. Euro (Vorjahr 14,6 Mio. Euro) fließen als unentgeltlich erbrachte Leistung der IBB ausschließlich kalkulatorisch in die Ergebnisrechnung ein. Diese Leistungen werden als „sonstiger betrieblicher Ertrag“ angesetzt und im Nachgang als defizitärer Berlin-Beitrag zulasten des Jahresüberschusses berücksichtigt.

Ertragsentwicklung

in Mio. Euro	2017	2016	Veränderung	
			absolut	+/- in %
Zinsergebnis	118,2	123,3	-5,1	-4,1
Provisionsergebnis	2,7	3,1	-0,4	-11,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	10,4	86,2	-75,8	-87,9
Verwaltungsaufwand	-78,4	-80,0	1,6	2,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	52,9	132,5	-79,6	-60,1
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-13,5	-35,0	21,5	61,4
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	0,0	-45,0	45,0	100,0
Wirtschaftliches Ergebnis	39,4	52,5	-58,1	-25,0
Berlin-Beitrag	-28,8	-28,7	-0,1	-0,3
Jahresüberschuss	10,6	23,8	-13,2	-55,4

Das **Zinsergebnis** liegt mit 118,2 Mio. Euro unter dem des Vorjahres und hat sich angesichts des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve erwartungsgemäß entwickelt. Das Zinsergebnis blieb unverändert die wichtigste Ertragsquelle der IBB.

Das weiterhin erwartungsgemäß abschnmelzende Provisionsergebnis in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vorjahr 3,1 Mio. Euro) ist maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Durch das Auslaufen von Förderungen werden die Vorjahreswerte planmäßig unterschritten.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** war im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig (10,4 Mio. Euro, Vorjahr 86,2 Mio. Euro). Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein im Vorjahr angefallener Einmalbetrag aus der Vereinnahmung von EFRE-Fördermitteln als GuV-wirksamer Zuschuss. Für 2017 liegt das Ergebnis leicht über den Erwartungen der Bank.

Der **Verwaltungsaufwand** der IBB, der außer dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen umfasst, ist gegenüber dem Vorjahr um 2 % auf –78,4 Mio. Euro (Vorjahr –80,0 Mio. Euro) gesunken. Dabei entwickelte sich der Personalaufwand (–49,5 Mio. Euro, Vorjahr –50,4 Mio. Euro) trotz tariflicher Gehaltserhöhungen insgesamt planmäßig. Die unverändert anhaltende Kostendisziplin, verbunden mit einer gesunkenen bankaufsichtsrechtlichen Umlage, reduzierte den Sachaufwand um 0,6 Mio. Euro auf –24,8 Mio. Euro (Vorjahr –25,4 Mio. Euro). Damit liegt der Sachaufwand zudem unter den operativen Planwerten.

Sowohl die Entwicklung im Zins- und Provisionsergebnis als auch im Verwaltungsaufwand wirkte sich im Berichtsjahr auf die Kennzahl **Förder-Cost-Income-Ratio** aus. Für das Jahr 2017 ermittelt sich für diese Steuerungsgröße ein Wert von 59,7 % (Vorjahr ohne Sondereffekt: 59,7 %) und liegt damit innerhalb der prognostizierten Planwerte.

Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich erwartungsgemäß ein **Risiko-vorsorge-/Bewertungsergebnis** inklusive der Dotierung der allgemeinen Vorsorgereserven nach § 340f HGB von –13,5 Mio. Euro (Vorjahr –35,0 Mio. Euro). Ursächlich hierfür waren Nettoauflösungen von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen im Kreditgeschäft aus dem Abbau von Problemkrediten. Dadurch entstand ein positives Ergebnis in Höhe von 9,5 Mio. Euro (Vorjahr 7,3 Mio. Euro). Die Bank nutzte dieses operative Ergebnis für Maßnahmen zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der Risikotragfähigkeit.

Im Vorjahr erfolgte eine erstmalige Dotierung des **Berlin-Förder-Fonds** in Höhe von 45,0 Mio. Euro zur nachhaltigen Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten der IBB im Rahmen des zukünftig zu erbringenden Berlin-Beitrages. Im Geschäftsjahr erfolgte keine weitere Dotierung des Fonds, der sich im Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) widerspiegelt.

Die Bank weist nach Abzug des Berlin-Beitrages einen **Jahresüberschuss** in Höhe von 10,6 Mio. Euro (Vorjahr 23,8 Mio. Euro) aus. Von diesem Betrag ausgehend ist eine Ausschüttung in Höhe von 25 % (2,7 Mio. Euro, Vorjahr 2,8 Mio. Euro) sowie eine Thesaurierung in Höhe von 75 % (8,0 Mio. Euro, Vorjahr 21,0 Mio. Euro) vorgesehen.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, der Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,06 % (Vorjahr 0,13 %).

Segmentergebnisse

	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
in Mio. Euro	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsergebnis	118,2	123,3	62,6	63,6	10,4	9,0	47,0	40,4	- 1,7	10,3
Provisionsergebnis	2,7	3,1	2,4	2,8	0,8	0,6	- 0,5	- 0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	10,4	86,2	- 5,9	- 12,2	13,2	15,8	0,0	0,0	3,1	82,6
Verwaltungsaufwand	- 78,4	- 80,0	- 34,1	- 35,5	- 20,6	- 21,9	- 5,7	- 5,8	- 18,0	- 16,9
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	52,9	132,5	24,9	18,7	3,8	3,6	40,8	34,3	- 16,6	75,9
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	- 13,5	- 35,0	6,2	5,4	2,0	2,2	1,5	0,4	- 23,2	- 43,1
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	0,0	- 45,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 45,0
Wirtschaftliches Ergebnis	39,4	52,5	31,1	24,1	5,8	5,8	42,3	34,7	- 39,8	- 12,1
Berlin-Beitrag	- 28,8	- 28,7	- 2,4	- 1,8	- 25,0	- 24,1	0,0	0,0	- 1,4	- 2,9
Jahresüberschuss	10,6	23,8	28,7	22,4	- 19,3	- 18,3	42,3	34,7	- 41,1	- 15,0

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** erbringt mit einem Zinsergebnis von 62,6 Mio. Euro (Vorjahr 63,6 Mio. Euro) den maßgeblichen Anteil am Gesamtzinsergebnis der Bank. Bedingt durch eine geringere Rückstellungsbildung im Rahmen der Erfüllungsleistungen aus der Detailvereinbarung und der damit einhergehenden Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegt das wirtschaftliche Ergebnis mit 31,1 Mio. Euro über Vorjahresniveau.

Die **Wirtschaftsförderung** hat erwartungsgemäß das Geschäftsjahr mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 5,8 Mio. Euro beendet und liegt damit nahezu auf Vorjahresniveau (6,0 Mio. Euro). Ein stabileres Zinsergebnis sowie Auflösungen von Einzelrisikovorsorgen haben diese positive Entwicklung unterstützt.

Im **Bankbuch**, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet ist, erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 42,3 Mio. Euro und liegt damit erfreulicherweise über dem des Vorjahres (34,7 Mio.

Euro). Die prognostizierten Werte für 2017 konnten übertroffen werden. Dieser Trend ist maßgeblich auf das Zinsergebnis und die darin enthaltenen Vorfälligkeitsentschädigungen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr fielen diese durch höhere vorzeitige Tilgungen etwas höher aus als geplant.

Das **Corporate Center** weist ein negatives wirtschaftliches Ergebnis von -39,8 Mio. Euro (Vorjahr -12,1 Mio. Euro) aus. Die Vorjahreswerte waren durch Sondereffekte geprägt, da gesetzliche Änderungen für die Bewertung von Pensionsrückstellungen das Zinsergebnis einmalig entlasteten. Darüber hinaus waren die sonstigen betrieblichen Erträge durch die Auflösung von EFRE-Verbindlichkeiten sowie weitere EFRE-Zuschüsse deutlich erhöht. Dem gegenüber standen eine gestiegene Dotierung der Vorsorgereserven sowie die erstmalige Dotierung des Berlin-Förder-Fonds. Im Berichtsjahr wurden nach Abzug des Berlin-Beitrages zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit die Vorsorgereserven nach § 340f HGB erneut mit 23,2 Mio. Euro (Vorjahr 43,1 Mio. Euro) dotiert.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der IBB ist geordnet und stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

in Mio. Euro	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			absolut	+/- in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.070,3	1.964,8	105,5	5,4
Forderungen an Kunden	10.944,8	11.400,8	- 456,0	- 4,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.187,5	4.199,2	-11,7	- 0,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,3	3,7	- 0,4	- 9,8
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	133,4	133,4	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	332,3	277,8	54,5	19,6
Bilanzsumme	17.671,6	17.979,6	-308,0	-1,7
Eventualverbindlichkeiten	158,1	137,4	20,8	15,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	804,8	809,1	- 4,3	- 0,5
Geschäftsvolumen	18.634,6	18.926,1	-291,5	-1,5

Die **Bilanzsumme** hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß leicht um 0,3 Mrd. Euro auf 17,7 Mrd. Euro reduziert. Der Rückgang entfiel überwiegend auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft.

Das **Geschäftsvolumen** verringerte sich entsprechend im Berichtszeitraum um 1,5 % oder 0,3 Mrd. Euro auf 18,6 Mrd. Euro. Der Betrag der zugesagten, aber noch nicht valutierte Darlehen ist zum Bilanzstichtag mit 0,8 Mrd. Euro konstant geblieben.

Die **Forderungen an Kunden** sind um 0,5 Mrd. Euro auf 10,9 Mrd. Euro gesunken. Davon waren mit 0,6 Mrd. Euro insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Hier ist ein Rückgang auf 8,9 Mrd. Euro zu verzeichnen. Das Volumen der Wirtschafts-

förderung blieb stabil bei rund 1,9 Mrd. Euro. Zusätzlich wurden die Schuldscheindarlehen um 0,1 Mrd. Euro auf 0,2 Mrd. Euro erhöht.

Die Nominalwerte der **derivativen Finanzinstrumente**, die zur Zinssicherung von Einzelgeschäften eingesetzt werden, betragen zum Jahresende 18,5 Mrd. Euro (Vorjahr 15,3 Mrd. Euro).

Zum 31.12.2017 betrug das **bilanzielle Eigenkapital** 755,8 Mio. Euro. Maßgeblich für die Veränderung ist außer dem aktuellen Jahresüberschuss die Ausschüttung eines Teiles des Bilanzgewinnes 2016 in Höhe von 2,8 Mio. Euro an das Land Berlin. Durch Thesaurierung des Bilanzgewinnes 2016 in Höhe von 21,0 Mio. Euro wurde die Zweckerücklage der IBB erhöht.

Eigenkapitalspiegel (HGB) in Mio. Euro	Grundkapital	Zweckrücklagen	Bilanzgewinn	Gesamt
Stand 31.12.2016	300,0	424,2	23,8	748,0
Ausschüttung an Land Berlin			- 2,8	- 2,8
Thesaurierung Zweckrücklage		21,0	- 21,0	0,0
Jahresüberschuss 2017			10,6	10,6
Stand 31.12.2017	300,0	445,2	10,6	755,8

Trotz Erhöhung der Zweckrücklage führte der Anstieg der gewichteten Risikoaktiva zu einer leichten Reduzierung der Gesamtkapitalquote in 2017. Diese reflektiert weiterhin die solide Kapitalausstattung der Bank, die für das Fördergeschäft angemessen ist.

Gesamtrisikobetrag und Kapitalquoten

in Mio. Euro / in %	31.12.2017	31.12.2016
Gesamtrisikobetrag (RWA)	5.280,4	5.032,7
Eigenmittel	972,2	957,3
Gesamtkapitalquote	18,4 %	19,0 %
Kernkapitalquote	17,9 %	18,3 %

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Finanzlage

Die IBB konnte auch im Geschäftsjahr 2017 ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten erreichen. Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren unterstützende Faktoren dafür, dass die IBB jederzeit in der Lage war, sich

zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Im Detail hat sich die Struktur der Refinanzierungsseite gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Mit 3,7 Mrd. Euro (Vorjahr 4,0 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 21 % (Vorjahr 22 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten blieb bei konstantem Volumen von 6,1 Mrd. Euro bei 34 %.

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, betragen weiterhin 6,4 Mrd. Euro bzw. 36 %.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer den Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,9 Mrd. Euro (Vorjahr 1,3 Mrd. Euro) durchgeführt.

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der IBB waren im Geschäftsjahr 2017 zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Beendigung des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Der Bericht enthält prognostizierte Aussagen in Bezug auf die volkswirtschaftliche Entwicklung, den Geschäftsverlauf in der Immobilien- und Wirtschaftsförderung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der IBB. Die Aussagen beruhen auf Erwartungen und Annahmen, die auf den zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Informationen aufsetzen. Sie beinhalten neben Chancen auch Risiken und Unsicherheiten, die außerhalb des Einflussbereichs der Bank liegen. Dazu gehören insbesondere die konjunkturelle Entwicklung und die Lage der Finanzmärkte. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage eine wichtige Rolle.

Somit können die in der Zukunft tatsächlich eintretenden Ereignisse von den Aussagen, Erwartungen und Annahmen abweichen.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich im vergangenen Jahr zwar leicht, blieb aber schwungvoll. Grundsätzlich ist eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung 2018 möglich. Vor allem für die USA, dem mit rund 10 % Exportanteil größten Berliner Handelspartner, haben sich die wirtschaftlichen Perspektiven aufgehellt. Der dämpfende Einfluss der Wirbelstürme auf die US-Wirtschaft war nur gering. Die gute Entwicklung des laufenden Jahres dürfte auch 2018 anhalten.

In den Schwellenländern festigte sich das Expansionstempo zuletzt. Hierzu trug bei, dass sich die Rohstoffmärkte erholten. Die Abwärtsbewegungen in Russland und Brasilien scheinen beendet zu sein.

Vor allem für die dynamischen asiatischen Volkswirtschaften wird 2018 eine Fortsetzung des derzeitigen Wachstumstempos erwartet. Dabei dürfte eine leichte Abschwächung in China von einer schwungvolleren Entwicklung anderer Länder weitgehend kompensiert werden.

Im Euroraum hat sich der konjunkturelle Aufschwung deutlich beschleunigt (2017: + 2,4 %) und dürfte dieses Niveau auch 2018 in etwa halten (+ 2,2 %). Zum Teil liegt dies an der weiterhin sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese Entwicklung strahlt inzwischen auch auf die EU-Nachzügler Italien und Frankreich aus und wird 2018 von einer weiterhin regen Investitionstätigkeit begleitet. Weder die Ungewissheit über den Brexit noch andere Krisen scheinen das Wirtschaftsklima im Euroraum aktuell wesentlich zu trüben.

Im Zuge dieser positiven Entwicklung wird auch die noch immer hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum (2017: 9,1 %) weiter sinken (2018: 8,5 %). Allerdings bleiben weiterhin Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt ungenutzt. Zusammen mit dem schwachen Produktivitätswachstum bleibt das Lohnwachstum daher gering. Die noch immer zu hohe Verschuldung sowie das schwache Wachstum der Gehälter sind nach wie vor die größten Herausforderungen. Der geringe Anstieg der Löhne und die anhaltende Unterauslastung am Arbeitsmarkt tragen dazu bei, dass die Inflationsaussichten auch 2018 gedämpft bleiben.

Auch wenn sich die Lage der Weltwirtschaft im Herbst 2017 besser darstellt als vor einem Jahr, bestehen weiterhin zahlreiche Risiken. Hierzu zählen steigende politische Spannungen, protektionistische Maßnahmen, Zweifel an der politischen Stabilität und das hohe Niveau notleidender Kredite im Euroraum sowie ein Wachstumseinbruch in China. Ein weiteres Risiko stellt die Möglichkeit eines stärker als erwarteten Anstiegs der Inflation dar. Dadurch

könnten die Zentralbanken in Zugzwang geraten die Zinsen zu erhöhen. Dies würde einen geordneten Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik erschweren und möglicherweise zu Turbulenzen an den Finanzmärkten führen. Alles in allem wird jedoch eine Fortsetzung des globalen Aufschwungs erwartet. Die USA, China und das Vereinigte Königreich dürften im Jahr 2018 ähnlich schnell wachsen wie 2017. In Japan und im Euroraum ist dies ebenfalls zu erwarten.

Die anhaltend expansive Geldpolitik der EZB wird auch 2018 dazu beitragen, dass die Zinsen auf einem sehr niedrigen Niveau bleiben. Die EZB zielt auf eine maßvolle Anpassung der Finanzierungsbedingungen, um die wirtschaftlichen Auftriebskräfte und die Finanzstabilität im Euroraum nicht zu untergraben. Andererseits verstärken sich die Risiken. Zu nennen sind vor allem die erhöhte Gefahr von „Blasen“ auf den Vermögensmärkten und steigende Immobilienpreissrisiken, die Gefahr steigender notleidender Kredite (NPL-Quoten) sowie auf staatlicher Seite die Rückkehr hoher Budgetdefizite. Im Fall zu schnell steigender Zinsen besteht das Risiko einer abrupten Preiskorrektur.

Die Berliner Wirtschaft wird sich auch 2018 alles in allem sehr widerstandsfähig gegenüber den globalen Risiken zeigen. Ausschlaggebend hierfür ist die nach wie vor robuste Entwicklung in den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Seit 2005 schwimmt Berlin auf einer Welle der Dynamik. Kaum ein anderes Bundesland hat in diesem Zeitraum eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung gezeigt. Allein in den letzten drei Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin um 160.000 gestiegen. Das kräftige Beschäftigungswachstum wird sich 2018 fortsetzen und zu weiter anziehenden Löhnen und höheren Konsumausgaben der privaten Haushalte in Berlin führen. Angesichts der hohen Arbeitsnachfrage am Wirtschaftsstandort Berlin wird auch 2018 mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Zahl der Erwerbslosen dürfte von 172.600 Ende 2016 auf unter 160.000 Ende 2018 sinken.

Mittlerweile steht die Berliner Konjunktur auf einer deutlich breiteren Basis als noch vor einem Jahr. Außer den Konsumausgaben werden 2018 auch die Investitionen wieder zur Expansion beitragen.

Ein wichtiger Indikator dafür sind unter anderem die Firmenkredite der Banken am Standort Berlin, die bereits 2017 deutlich ausgeweitet wurden. Für die privaten Konsumausgaben bleiben die Rahmenbedingungen in Berlin 2018 ebenfalls günstig. Zu nennen ist hier die erneute Rentenanpassung, die für 2018 geplant ist und bis 2019 nachwirken wird. Hinzu kommt der anhaltende Touristenboom. Insgesamt wird die bereits hohe konjunkturelle Dynamik anhalten. Vor diesem Hintergrund wird für die Berliner Gesamtleistung 2018 eine Steigerung um mindestens 2,5 % erwartet.

Im kommenden Jahr dürfte auch die Industriekonjunktur – anders als 2017 – wieder eine wichtige Stütze des Wachstums werden. Mittlerweile haben die Auftragseingänge die Talsohle durchschritten und die Geschäftstätigkeit kommt langsam wieder auf Kurs. Impulse bezieht die Berliner Industrie zunehmend aus den Exporten, die 2018 in beschleunigtem Tempo anziehen und die Ausrüstungsinvestitionen stimulieren werden. Dabei werden die Berliner Exportunternehmen vor allem vom sich fortsetzenden Aufschwung im Euroraum und in den USA profitieren.

Nachteilig ist jedoch bis heute, dass sich die Berliner Wirtschaft in den letzten Jahren mit Investitionen sehr zurückgehalten hat. Gerade für den wachsenden Wirtschaftsstandort Berlin sind Investitionen in den heimischen Kapitalstock dringend notwendig. Denn diese tragen dazu bei, die Produktion weiter zu automatisieren und zu flexibilisieren, mit Zulieferern und Abnehmern enger zu verzahnen, um letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen dauerhaft zu steigern. Ein Schließen der Investitionslücke könnte in der mittleren Frist zu einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum führen.

Eine große Chance für die Berliner Wirtschaft ist die Digitalisierung. Vor allem bezüglich zukünftiger Steigerungen der Arbeitsproduktivität bestehen hier große Hoffnungen. Allerdings können durch Start-Ups aus der Digitalwirtschaft auch etablierte Geschäftsmodelle vieler bisher erfolgreicher Berliner Unternehmen herausgefordert werden. Andererseits könnte die Digitalisierung dazu beitragen, den Leistungsstandard des Wirtschaftsstandorts Berlin insgesamt zu verbessern.

In den nächsten Jahren wird Berlin durch weitere Zuwanderung vor große Herausforderungen gestellt. Diese Entwicklung erfordert enorme Baumaßnahmen in der deutschen Hauptstadt, vor allem hinsichtlich der Schaffung von Wohnraum. Aber auch die Infrastruktureinrichtungen, z. B. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen sowie der öffentliche Nahverkehr, müssen in den nächsten Jahren an die dynamische Bevölkerungsentwicklung in Berlin angepasst werden. Hinzu kommt der Bau von Büro- und Gewerbeflächen. Gedämpft wird die Bauaktivität in den kommenden Jahren jedoch durch den Fachkräftemangel in einigen Bau- und Handwerksberufen.

Vor diesem Hintergrund ist in Berlin auch 2018 mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Zum einen wachsen Einwohner- und Beschäftigungszahlen sowie die Anzahl der Haushalte kontinuierlich. Gleichzeitig verharrte der Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. Hinzu kommt, dass die anhaltende Unsicherheit über die weitere finanzwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum die Anlagen in Sachwerte auch 2018 begünstigen wird und somit die Nachfrage nach Wohnungen als Kapitalanlage anhalten dürfte. Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinausschießen, so dass es in regionalen Teilmärkten in einigen Segmenten zu Preisblasen kommen könnte. Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich, dass das Preisniveau in Berlin noch nicht überzogen ist.

Die stärksten Wachstumsimpulse für die Berliner Wirtschaft werden auch 2018 außer aus der Baubranche aus den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen kommen. Treiber ist insbesondere die überdurchschnittlich gut entlohnte Digitalwirtschaft. Hier dürften die Umsatz- und Beschäftigungszuwächse erneut im zweistelligen Bereich liegen.

Entwicklung der Bank

Auf Grundlage dieser prognostizierten Entwicklungen sieht die IBB auch im kommenden Jahr ihren Schwerpunkt in der Weiterentwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen in den Bereichen Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung am Standort Berlin. Angesichts der wirtschaftlichen Prognosen wird insgesamt mit einer moderat positiven Nachfrageentwicklung gerechnet. Die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung werden das Produktportfolio weiterhin bedarfsorientiert ausweiten und optimieren. Eine vereinfachte Antragsstellung soll durch die Weiterentwicklung bzw. Verbesserung des Kundenportals erreicht werden.

Insbesondere in der **Immobilien- und Stadtentwicklung** werden die Finanzierungszusagen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2017 erwartet.

Die Finanzierung des Wohnungsneubaus aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wird auch im kommenden Jahr ein Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten der IBB sein. Dabei steht die Unterstützung der kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privaten Investoren bei der Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen mit Mitteln aus dem Wohnungsneubaufonds im starken Vordergrund.

Auch in 2018 wird die IBB intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern. Parallel dazu wird die Zusammenarbeit mit den Hausbanken im Eigenheimgeschäft weiter ausgebaut.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** bestehen vor dem Hintergrund des aktuellen niedrigen Zinsniveaus und einer gestiegenen Risikobereitschaft bei den Geschäftsbanken insgesamt verbesserte Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen.

Die Bank erwartet im Rahmen ihrer Prognosen daher auch in 2018 ein lediglich stabiles Neugeschäft auf dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres.

Den größten Anteil an Finanzierungszusagen werden dabei Darlehen und Avale für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken haben. Das volumenstärkste Programm (IBB-Wachstumsprogramm) wird weiterhin im Fokus der Aktivitäten stehen.

Jedoch wird Berlin in Zukunft aufgrund des überproportional wachsenden Dienstleistungsbereichs eher kleinteilig strukturiert sein. Für Gründungen und kleine sowie innovative Unternehmen bleiben trotz verbesserten Kreditzugangs insbesondere aufgrund höherer geforderter Sicherheiten strukturelle Finanzierungsprobleme bestehen. Die IBB wird deshalb ihr Engagement in der Gründungs- und Mikrofinanzierung im Rahmen des KMU-Fonds III auch in 2018 weiter fortsetzen und ausbauen.

Außer den Darlehensprodukten, wird das Zuschussvolumen eine stabile Entwicklung nehmen, wobei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auch weiterhin das wichtigste regionalpolitische Instrument Berlins zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen durch betriebliche Investitionen bleibt. Auch *Pro FIT* wird weiterhin das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB bleiben. Zuschüsse und Darlehen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden sich ungefähr die Waage halten. Beide Programme setzen auch in 2018 ihre ambitionierte Neugeschäftsplanung fort.

Trotz des in Summe relativ stabilen konjunkturellen Umfelds prognostiziert die IBB im Jahr 2018 ein etwas niedrigeres **wirtschaftliches Ergebnis** als im Geschäftsjahr 2017, v. a. bedingt durch die Erwartung eines niedrigeren **Zinsergebnisses**. Hierzu tragen insbesondere das nach wie vor sehr niedrige Marktzinsniveau, geringere Zinsmargen aufgrund des zunehmenden regionalen Wettbewerbs und eine flachere Zinsstrukturkurve bei. Auch die unverändert hohe Belastung aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen belastet weiterhin den Zinsüberschuss.

Für 2018 wird ein nahezu unveränderter **Verwaltungsaufwand** erwartet. Der Personalaufwand wird sich aufgrund von Tarifsteigerungen und steigenden Altersversorgungsaufwendungen leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2017 bewegen. Sachaufwendungen werden erneut durch erhöhte Aufwendungen für Digitalisierung und Prozessoptimierung des Fördergeschäfts geprägt sein, können aber durch Hebung von Effizienzpotenzialen kompensiert werden. Planungsunsicherheiten ergeben sich im Hinblick auf mögliche weitere Anforderungen aus dem bankaufsichtsrechtlichen Umfeld.

Die erwartete Entwicklung sowohl in den operativen Erträgen als auch im Verwaltungsaufwand wird auf die betriebswirtschaftliche Zielgröße **Förder-Cost-Income-Ratio** leicht erhöhend wirken. Für das Jahr 2018 erwartet die Bank einen Wert um 65 %.

Die IBB geht davon aus, dass das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** 2018 wiederum eher durch eine pauschale Vorsorgebildung als durch einzelne Kreditausfälle dominiert wird. Potenzielle Ratingverschlechterungen im Fördergeschäft könnten in Zukunft höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressausfallrisiken verursachen. Die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven wird darüber hinaus zu einer weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit führen.

Die Bilanzsumme wird sich im Jahr 2018 auf vergleichbarem Niveau wie im Berichtsjahr bewegen.

Bezüglich der **Refinanzierung** erwartet die IBB aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie die notwendigen Refinanzierungsmittel unverändert problemlos am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Für 2018 erwarten wir ein weiteres Abschmelzen öffentlicher Besicherungen für Förderkredite und dadurch bedingt einen Anstieg der risikogewichteten Aktiva. Dadurch wird die **Gesamtkapitalquote** im kommenden Jahr leicht absinken.

Abweichend zu den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2018 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere **Chancen** und **Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine weitere Zinssenkung würde das Zinsergebnis und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell positiv beeinflussen. Ein Verlassen des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, würde hingegen sowohl das wirtschaftliche Ergebnis als auch die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig negativ beeinflussen. Sollte die Finanzmarktkrise erneut aufflammen, könnte sich dies nach den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise eher positiv sowohl auf die Neugeschäftsvolumina als auch auf die Margen auswirken.

Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld würde in der Tendenz zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan sowie zu höheren Wertberichtigungen führen.

Chancenpotenzial sieht die IBB bei einer Verbesserung der Ratings ihrer Engagements, was zu einem insgesamt geringeren Ansatz von bonitätsabhängigen Portfoliowertberichtigungen führen könnte.

Zusammenfassend erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2018 einen stabilen Geschäftsverlauf, geht jedoch davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis weiter leicht reduzieren wird. Es wird weiterhin eine stabile Vermögens- und Finanzlage erwartet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2017 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 18,4 % und 19,8 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr zwischen 41,5 % und 50,0 %. Ursächlich für die Veränderungen in der Auslastung waren primär die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ dargestellten wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem und Plananpassungen.

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite in Tsd. Euro		31.12.2017	31.12.2016
1. Barreserve		35.307	26.733
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	35.307		26.733
darunter: bei der Deutschen Bundesbank:	35.307		26.733
2. Forderungen an Kreditinstitute		2.070.266	1.964.778
a) täglich fällig	219.565		271.041
b) andere Forderungen	1.850.701		1.693.737
3. Forderungen an Kunden		10.944.818	11.400.826
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert:		5.613.932	5.856.243
Kommunalkredite:		3.599.433	4.077.483
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		4.187.520	4.199.194
a) Geldmarktpapiere			
ab) von anderen Emittenten	25.001		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	25.001		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	1.165.965		1.051.309
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.165.965		1.051.309
bb) von anderen Emittenten	2.993.992		3.141.682
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.849.712		3.066.620
c) eigene Schuldverschreibungen	2.562		6.203
Nennbetrag	2.500		6.000
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3.303	3.663
6. Beteiligungen		452	452
7. Anteile an verbundenen Unternehmen		132.960	132.960
8. Treuhandvermögen		238.271	208.368
darunter: Treuhandkredite	238.271		208.368
9. Immaterielle Anlagewerte		596	810
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	596		810
10. Sachanlagen		22.797	24.647
11. Sonstige Vermögensgegenstände		2.041	2.053
12. Rechnungsabgrenzungsposten		33.288	15.162
Summe der Aktiva		17.671.619	17.979.646

Passivseite in Tsd. Euro		31.12.2017	31.12.2016
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.706.650	3.998.849
a) täglich fällig	178.403		154.631
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.528.247		3.844.218
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		6.381.885	6.401.161
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	716.186		841.554
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.665.699		5.559.607
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		6.064.760	6.084.722
a) begebene Schuldverschreibungen	6.064.760		6.087.722
4. Treuhandverbindlichkeiten		238.271	208.368
darunter: Treuhandkredite	238.271		208.368
5. Sonstige Verbindlichkeiten		6.309	8.020
6. Rechnungsabgrenzungsposten		87.500	97.604
7. Rückstellungen		181.093	183.566
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	122.176		112.666
c) andere Rückstellungen	58.917		70.901
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken		249.311	249.311
9. Eigenkapital		755.840	748.045
a) Gezeichnetes Kapital	300.000		300.000
c) Gewinnrücklagen			
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	445.212		424.216
d) Bilanzgewinn	10.628		23.829
Summe der Passiva		17.671.619	17.979.646
Posten unter dem Bilanzstrich			
1. Eventualverbindlichkeiten		158.147	137.369
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		158.147	137.369
2. Andere Verpflichtungen		804.814	809.080
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		804.814	809.080

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

in Tsd. Euro		Vorjahr
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	234.656	267.351
darunter: verrechnete Aufwendungen aus Negativ-Zinsen	2.160	758
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	57.034	69.593
	291.690	336.994
2. Zinsaufwendungen	159.081	195.169
darunter: verrechnete Erträge aus Negativ-Zinsen	11.207	7.750
	159.081	195.169
	132.609	141.775
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
b) Beteiligungen	2	2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	0
	2	2
4. Provisionserträge	3.508	3.829
5. Provisionsaufwendungen	817	777
	2.691	3.052
6. Sonstige betriebliche Erträge	7.073	89.293
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	40.278	41.037
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	9.178 2.136	9.398 2.560
	49.456	50.435
b) andere Verwaltungsaufwendungen	24.778	25.408
	74.234	75.843

in Tsd. Euro		Vorjahr
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.204	4.204
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.211	29.642
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	35.420	101.260
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	45.000
	35.420	101.260
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	568	0
	568	0
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	717
	0	717
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	10.738	23.890
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93	66
15. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen	17	-5
	110	61
16. Jahresüberschuss	10.628	23.829
17. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0
Bilanzgewinn	10.628	23.829

Anhang

Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat ihren Sitz in Berlin und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (Berlin) unter der Nummer HRA 35566 B eingetragen.

Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie

Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Formblatt 3 (Staffelform) gewählt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt saldiert je Vertrag unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Negative Zinsen aus Forderungen bzw. aus Verbindlichkeiten werden ertragsmindernd bzw. aufwandsmindernd im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand berücksichtigt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzicht im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) durchgängig Gebrauch gemacht. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges-Beziehungen gebildet. Bei den Grundgeschäften handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsbestandes, die in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen werden. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Plain Vanilla Zinsswaps verwendet. In allen Fällen steht bei identischen Nominalbeträgen bis zur Endfälligkeit der jeweiligen Grund- und Sicherungsgeschäfte dem Festzins des jeweiligen Grundgeschäftes ein Festzins des zugehörigen Sicherungsgeschäftes gegenüber. Da bei

sämtlichen Bewertungseinheiten alle wertbestimmenden Faktoren grundsätzlich übereinstimmen, erfolgt die Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Term-Match-Methode.

Zur Bilanzierung des wirksamen Teils der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Ermittlung des nicht abgesicherten Risikos wird die vollständige Zeitwertänderung des Grundgeschäfts der vollständigen Zeitwertänderung des Sicherungsinstruments gegenübergestellt. Der negative Nettowert wird imparitatisch bei der Bewertung des Grundgeschäfts berücksichtigt. Ein positiver Nettowert bleibt unberücksichtigt.

Bei Grundgeschäften, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden außerplanmäßige Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung aufgrund von Veränderungen der nicht abgesicherten Risiken vorgenommen.

Darüber hinaus werden alle Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente von Bewertungseinheiten in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches unter Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 3 einbezogen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2017 in vollem Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuches. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 2,5 % und ein Rententrend in Höhe von 1,75 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 3,68 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss erfasst. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die IBB schließt Geschäfte ausschließlich in Euro ab.

Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. Euro), gerundet auf eine Nachkommastelle, angegeben. Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro
Verbundene Unternehmen			
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	12.106,1	– 990,0
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	27.138,4	– 3.123,6
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	56.054,1	– 2.324,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ²	100,00	140.620,5	936,2
IBB Business Team GmbH, Berlin ^{1,2}	100,00	200,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbelinfrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin ^{1,3}	100,00	51,4	10,1
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ^{1,3}	100,00	– 5.732,9	1.017,0
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ^{1,2}	100,00	– 10.527,3	907,0
Unternehmen, mit denen ein Betteilungsverhältnis besteht			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1,2}	50,00	63,7	0,0
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin ^{1,2}	31,51	1.787,6	35,3
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,2}	25,20	1.133,4	707,2
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1,2}	25,20	38,4	1,9
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin ^{1,2}	25,00	812,9	2,1
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{2,4}	19,92	15.440,0	– 78,9

¹ Jahresabschluss 2016

² unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB

³ mittelbarer Anteilsbesitz

⁴ Bilanzierung als Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Dem Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2017 folgende Bezüge gewährt:

	2017			2016
in Tsd. Euro	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Dr. Jürgen Allerkamp				
Gehalt	408,0	408,0	0,0	400,5
Erfolgsvergütung	100,0	0,0	100,0	100,0
Ausgleich Dienstwagen	9,9	9,9	0,0	7,4
Sachbezüge	0,0	0,0	0,0	2,7
	517,9	417,9	100,0	510,6
Sonja Kardorf				
Gehalt	310,3	310,3	0,0	309,1
Erfolgsvergütung	80,0	0,0	80,0	80,0
Ausgleich Dienstwagen	9,6	9,6	0,0	4,8
Sachbezüge	0,2	0,0	0,2	4,8
	400,1	319,9	80,2	398,7
	918,1	737,8	180,2	909,3

Mit den Vorständen wurde eine Gesamtvergütung vereinbart, die sich aus einem festen Jahresgehalt zuzüglich einer variablen Erfolgsvergütung auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung zusammensetzt. Der variable Anteil unterliegt somit einer vertraglich fixierten Obergrenze. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Die zu erreichenden Ziele leiten sich aus den strategischen Zielen der Bank ab und berücksichtigen neben der wirtschaftlichen Ertragskraft und Effizienzsteige-

rungen auch individuelle Ziele mit Blick auf die Gesamtperformance der IBB. Aus der Gesamtzieelerreichung wird die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung ermittelt. Bei einer Zielerreichung von 100 % oder höher entspricht die variable Erfolgsvergütung dem maximal im Dienstvertrag angesetzten Betrag der variablen Erfolgsvergütung. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

Die Bezüge und Rückstellungen für Pensionen für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2017:

in Tsd. Euro	2017	2016
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	478,8	500,0
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	6.577,6	6.410,6

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in Tsd. Euro	2017	2016
Ramona Pop	11,0	0,0
Karin Lompscher	6,9	0,0
Andreas Geisel	1,3	7,5
Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	7,3	0,0
Dr. Margaretha Sudhof	1,3	7,7
Michaela Maria Eder von Grafenstein	8,0	8,0
Maren Kern	6,0	6,0
Dr. Iris Reinelt	3,2	0,0
Nadja Bernstein	8,0	8,0
Michael Bomke	8,5	8,0
Tom Schuster	6,0	0,0
Cornelia Yzer	0,0	12,0
Dr. Dietrich Rümker	0,0	8,5
Swen Hoffmann	0,0	6,0
	67,5	71,7

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Offenlegung durch die Institute (Säule 3)

Die nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 26a Abs. 1 Satz 1 KWG erforderlichen Angaben werden in einem hierfür erstellten Offenlegungsbericht gemacht. Der Bericht ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Organe der Investitionsbank Berlin

Vorstand

Dr. Jürgen Allerkamp
Vorsitzender des Vorstands

Sonja Kardorf
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat

Ramona Pop
(ab 14. Februar 2017)
(Vorsitzende ab 15. Februar 2017)
Senatorin für Wirtschaft, Energie
und Betriebe des Landes Berlin

Katrin Lompscher
(ab 14. Februar 2017)
(stellvertretende Vorsitzende
ab 15. Februar 2017)
Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen des Landes Berlin

Andreas Geisel
(stellvertretender Vorsitzender
bis 14. Februar 2017)
Senator für Inneres und
Sport des Landes Berlin

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
(ab 14. Februar 2017)
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Margaretha Sudhof
(bis 14. Februar 2017)
Staatssekretärin der Senatsverwaltung
für Finanzen des Landes Berlin

Michaela Maria Eder von Grafenstein
Sprecherin der Geschäftsführung
der Aquila Capital Investment GmbH

Maren Kern
Mitglied des Vorstands des BBU
Verbands Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Dr. Iris Reinelt
(ab 15. August 2017)
Mitglied des Vorstands der L-Bank

Nadja Bernstein
Mitglied des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Michael Bomke
Vorsitzender des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Tom Schuster
(ab 1. Januar 2017)
stellvertretender Vorsitzender
des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Corporate-Governance-Bericht

[gemäß Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen in der Fassung vom 15. Dezember 2015]

Der Verwaltungsrat und der Vorstand der IBB wenden den Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin herausgegebenen Fassung an und erachten die Maßgaben und Empfehlungen des Kodex als wertvoll für eine transparente und gewissenhafte Unternehmensführung. Sie erklären, dass den Regeln des Kodex im Berichtsjahr im Wesentlichen entsprochen wurde. Die Abweichungen von Empfehlungen werden in der Entsprechenserklärung offengelegt.

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der IBB zusammengearbeitet. Hierzu hat der Vorstand den Verwaltungsrat zeitnah und umfassend über wichtige Angelegenheiten der IBB informiert. Das Zielbild des Landes für die IBB hat dem Vorstand als Handlungsleitlinie und dem Verwaltungsrat, in dem auch der Gesellschafter vertreten ist, als Kontrollmaßstab gedient.

Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung nachgekommen. Dabei haben sie die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands beziehungsweise Verwaltungsrats gewahrt. Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der IBB in der Geschäfts-, Risiko-, IT- und Vergütungsstrategie verankert und mit dem Verwaltungsrat, auch im Rahmen einer Strategieklausur, erörtert

sowie regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Planabweichungen wurden plausibel und nachvollziehbar dargestellt sowie erforderliche Maßnahmen abgeleitet.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat zeitnah und umfassend über alle für die Bank relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente unterrichtet. Des Weiteren liegt zur Förderung und Integration einer angemessenen Risikokultur innerhalb der IBB-Gruppe der Verhaltenskodex der IBB, der auf die hohe Bedeutung eines regelkonformen Verhaltens und auf eine angemessene Risikokultur für alle Beschäftigten und Organe der IBB hinweist, vor. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich der Änderungen von Bewertungsverfahren dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstands abgehalten, mit Ausnahme der Sitzungen, bei denen über seine Vergütung beraten wurde. Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

II. Vorstand

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet und hat für das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen.

Der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Allerkamp, wurde mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 28.06.2017 vorzeitig für den Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2020 wiederholt zum Mitglied des Vorstands der IBB bestellt und zum Vorsitzenden des Vorstands bestimmt. Das Vorstandsmitglied, Sonja Kardorf, hat ihr Mandat zum 31.08.2018 niedergelegt.

Es ist ein Vorsitzender des Vorstands bestimmt, die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie das Verfahren zur Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand und dem Organigramm geregelt.

Die IBB verfügt über ein den Anforderungen der MaRisk entsprechendes wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling. Ebenso wurden und werden die Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes Berlin, des Partizipations- und Integrationsgesetzes Berlin sowie des Landesgleichberechtigungsgesetzes beachtet. In der IBB ist eine Frauen- und Schwerbehindertenvertretung etabliert. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich nach dem aktuellen Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Die Vergütung des Vorstandes erfolgt grundsätzlich auf Basis eines Jahresgehalts und einer variablen Erfolgsvergütung, die betragsmäßige Höchstgrenzen aufweist. Dabei werden Vergütungen an den Vorstand für Mehrarbeit, entgangenen Urlaub und Weihnachtsgeld nicht entrichtet. Auf die Einhaltung eines Abfindungs-Caps wird geachtet.

Der Vergütungskontrollausschuss hat das Vergütungssystem sowie die Gesamtvergütung für den Vorstand erörtert und dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Die IBB verfügt über eine gruppenweite Vergütungsstrategie, die auf die in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegten Ziele ausgerichtet ist. Unter der Prämisse, dass die IBB weiterhin kein bedeutendes Institut im Sinne der InstitutsVergV ist, hat sie die Regelungen der InstitutsVergV per 31.12.2017 umgesetzt und entspricht deren Anforderungen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, den Geschäftsordnungen für den Vorstand sowie für den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit der Neubestellung am 14.02.2017 der Verwaltungsratsmitglieder Frau Senatorin Ramona Pop, Frau Senatorin Katrin Lompscher und Herrn Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen durch den Senat von Berlin haben Frau Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof sowie Herr Senator Andreas Geisel ihre Mandate im Verwaltungsrat niedergelegt. Frau Dr. Iris Reinelt, Mitglied des Vorstands der L-Bank, wurde zum 15.08.2017 vom Senat von Berlin in den Verwaltungsrat bestellt. Der Personalrat der IBB hat als neues Mitglied Herrn Tom Schuster mit Wirkung zum 01.01.2017 bestellt. Ehemalige Mitglieder des Vorstands sind somit im Verwaltungsrat nicht vertreten.

Der Verwaltungsrat wurde über wichtige Angelegenheiten vom Vorstand informiert, in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung einbezogen und sah keinen die Satzung oder die Geschäftsordnung ergänzenden Regelungsbedarf. Daher hat er keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Neben den ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse hat eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrats stattgefunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank. Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Zur Beratung und Unterstützung des Verwaltungsrats sowie zur Steigerung seiner Effizienz hat die IBB einen Risiko- und Prüfungs- (Vorsitzende: Frau Dr. Reinelt), Nominierungs- (Vorsitzende: Frau Senatorin Pop) sowie einen Vergütungskontrollausschuss (Vorsitzende: Frau Senatorin Pop) eingerichtet. Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorbefassung in seinen Ausschüssen. Den Ausschüssen wurden durch Geschäftsordnung im Einklang mit § 25d KWG entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen. Der Risiko- und Prüfungsausschuss befasst sich u. a. mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses,

der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des inneren Revisionssystems, der Abschlussprüfung sowie der Compliance. Er verfügt über den benötigten Sachverstand insbesondere auf den Gebieten der Rechnungslegung sowie der Abschlussprüfung zur Erledigung der Ausschussarbeiten. Der Nominierungsausschuss beschließt im Rahmen der Zuständigkeit des Verwaltungsrates über die inhaltliche Ausgestaltung der Anstellungsverträge von Vorstandsmitgliedern.

Dem Nominierungsausschuss obliegt die Vorbereitung von Entscheidungen des Verwaltungsrats über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands. Eine Altershöchstgrenze für Vorstände ist in der Satzung festgelegt. Bei Erstbestellung wurde die maximale Vertragslaufzeit von fünf Jahren nicht überschritten. Der Verwaltungsrat hat die Zielvereinbarungen sowie die vorgesehene Gehaltsstruktur von Fixum und variablen Bestandteilen für den Vorstand beschlossen.

Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, in dem Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance auch außerhalb der Verwaltungsratssitzungen beraten wurden. Der Vorstand hat die Vorsitzenden des Verwaltungsrats und des Risiko- und Prüfungsausschusses über besondere Ereignisse unterrichtet. Das Plenum des Verwaltungsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig über Inhalte und Ergebnisse der Ausschussberatungen informiert.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die vom BCGK vorgegebene maximale Zahl an Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahrgenommen. Unter anderem nahmen sie an einer von der IBB organisierten Weiterbildung zu bankspezifischen und aufsichtsrechtlichen Themen teil.

Die Vergütung der Mitglieder wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Verwaltungsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2017 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Im Berichtszeitraum hat ein Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses zu einem Sachverhalt einen Interessenkonflikt offengelegt. Das Mitglied hat an keiner Beschlussfassung teilgenommen. Interessenkonflikte im Übrigen haben nicht bestanden.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes, ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden.

Dem Verwaltungsrat wurden weder Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge noch sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des umfassenden Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Es ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Für die durch den Vorstandsvorsitzenden wahrgenommenen Nebentätigkeiten wurde vorab die Zustimmung des Verwaltungsrates eingeholt. Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrats wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Verwaltungsrats haben die Einwilligung zur Offenlegung der Bezüge abgegeben. Diese werden im Anhang zum Jahresabschluss sowie im Geschäftsbericht individualisiert unter Angabe der Bestandteile angegeben. Die Vorschriften gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 5 bis 9 des Handelsgesetzbuches finden bei der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses Anwendung.

Für den Vorstand ist im August 2016 für die Laufzeit von zwei Jahren eine D&O-Versicherung mit einem Selbstbehalt von 18 Monatsfixbezügen und für den Verwaltungsrat ohne Selbstbehalt prolongiert worden.

Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht.

Die IBB misst der Nachhaltigkeit unternehmerischen Handelns und dessen Wertschöpfung eine hohe Bedeutung bei. Mit Blick auf eine transparente nachhaltige Ausrichtung hat sie eine Bestandsaufnahme all dessen, was sie zum Teil schon seit Jahren praktiziert und umsetzt, vorgenommen und im Nachhaltigkeitsbericht der IBB veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen ordnungsgemäß aufgestellt. Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Der Rechnungshof von Berlin hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers – mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten. Der Abschlussprüfer wurde ferner vom Rechnungshof von Berlin beauftragt, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Organigramm

Unternehmensbereich 1

Vorstandsvorsitzender
Dr. Jürgen Allerkamp

VS Vorstandsstab & Volkswirtschaft
Isabelle Ziesche

BM Beteiligungsmanagement
Torsten Harr

PE Personal
Ilona Schlawe

RE Recht
Torsten Tomaschek

RV Revision
Dr. Stefan Elsholz

TR Treasury
Michael Wolters

UC Unternehmenscompliance
Claudia Ansorena

UK Unternehmenskommunikation
Jens Holtkamp

← berichtet an

Unternehmensbereich 2

Generalbevollmächtigter
Dr. Matthias von Bismarck-Osten

IS Immobilien- und Stadtentwicklung
Andreas Tied

SP Strategie und Produkte
Irene Schucht

WF Wirtschaftsförderung
Stephan Hoffmann

Unternehmensbereich 3

Mitglied des Vorstands

Sonja Kardorf

BO Betriebsorganisation

Ben Kühl

FC Finanzen und Controlling

Dr. Stephan Brandt

IT Informationstechnologie

Klaus Fiedel

VW Verwaltung

Martin Tolkmitt

berichtet an



Unternehmensbereich 4

Generalbevollmächtigter

Jürgen Lampe

BI Betreuung Immobilienförderung

Patricia Genth

KB Kreditbetreuung

Peter Kerst

RB Risikobetreuung

Mike Schaub

Stand: 1. Januar 2018

Impressum

Herausgeber

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020
www.ibb.de

Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH
Stralauer Allee 2b
10245 Berlin
www.heimrich-hannot.de

Bildnachweis

Heimrich & Hannot GmbH (Titel, Seite 19, 21)
Thomas Kierok (Seite 4–5)
Die Hoffotografen GmbH (Seite 7)
GettyImages/seksan Mongkhonkhamsao (Seite 11)

Druck

DAS DRUCKTEAM BERLIN
Maik Roller und Andreas Jordan GbR
Gustav-Holzmann-Straße 6
10317 Berlin
www.druckteam-berlin.de



www.ibb.de/gb

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 / 2125-0
Telefax: 030 / 2125-2020

www.ibb.de

